

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 22. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Einzelungen in die Post-Zeitungsstellen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Inland 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: 20 Pf. (ausfallsig 2 Pf. für die erste Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erstmal 1876.

Keine Wahlreform!

Abermals hat eine Zeitungskorrespondenz die Nachricht verbreitet, daß dem preussischen Landtag in der nächsten Session keine Wahlreformvorlage zugehen werde. Man werde es vielmehr wieder so machen, wie das letzte Mal: nämlich erst in aller Gemütsruhe die Statistik über die letzte Wahl ausarbeiten lassen, um dann erst dem Landtag die Vorlage zu präsentieren.

Daß sich keine der bürgerlichen Parteien über solche Verschleppung sonderlich aufregt, braucht nicht in Erstaunen zu setzen. Sie alle würden ja schließlich unter dem elendesten aller Wahlsysteme ruhig weiterwurseln, wenn nur einige „Schönheitsfehler“ beseitigt würden. Konservativen und Freikonserverativen ist das bestehende schmachvolle Wahlrecht ja geradezu auf den Leib geschnitten. Und auch das Zentrum würde etliche für es empfindliche Mängel sicherlich ohne Murren mit in den Kauf nehmen, wenn es nicht als „volkstümliche“ Partei einige Rücksicht auf seine proletarischen Wähler nehmen müßte. Die Nationalliberalen ihrerseits wären schon zufrieden, wenn nur die Wahlkreisdriftelung nach Unwahlbezirken — das einzige, was hin und wieder auch den proletarischen Wählern zugute kommt! — beseitigt und die allzu agrarische Wahlkreisgeometrie ein wenig — aber ja nicht allzusehr — abgeändert würde, so daß schließlich von allen bürgerlichen Parteien nur die Fortschrittliche Volkspartei übrig bliebe. Aber auch die hat ja noch in den letzten Jahren wiederholt durch ihre Fraktionsredner erklären lassen, daß sie schon ganz zufrieden damit wäre, wenn nur erst einmal das direkte und geheime Wahlrecht eingeführt würde.

Es könnte deshalb scheinen, als ob die Regierung ja auch gar keine Ursache hätte, sich mit der Wahlreform zu beeilen. Aber es scheint auch nur so. Denn daß allein hinter der Sozialdemokratie mehr als ein Drittel des deutschen Volkes steht, weiß die Regierung ganz genau. Sie weiß nicht minder, daß ein sehr großer Teil der Zentrumswähler gleichfalls die Übertragung des Reichstagswahlrechts fordert, so daß die Mehrheit des preussischen Volkes unzweifelhaft hinter der Forderung des gleichen Wahlrechts steht. Gegner der schleunigen Einbringung einer Wahlrechtsvorlage vollends sind nur Konservative und Freikonservative, also ein winziger Prozentsatz der Wähler. Wenn also die Regierung die neue Wahlreform auch jetzt, nach den Neuwahlen, abermals unter den fadenscheinigsten Gründen zu verschleppen sucht, so zeigt sie sich nur als den geschmeidigen Lakaien der diktatorischen gebietenden Junkersippe. Ganz davon abgesehen, daß sie das feierliche Versprechen der Thronrede immer mehr zum Kindergespött macht und damit dem bitterbösen historischen Urteil über preussische Königsworte immer mehr Berechtigung gibt!

Nur wenn es gilt, längst berottete Mißstände zu beseitigen, wenn es sich darum handelt, dem mißhandelten und skandalös entrechteten Volke feierlichst verheißene Reformen zu gewähren, läßt Herr v. Bethmann Hollweg sich in philosophischer Ruhe Zeit. Die drängenden Mahner läßt er dann durch den leisenden Polizeiminister v. Dallwitz im Unteroffizierston und unter dem tosenden Beifall der Junker abtrumpfen. Wenn es dagegen gilt, Jahr für Jahr die ungeheuerlichsten Opfer für den Militarismus vom Volke einzutreiben, dann ist der Major v. Bethmann Hollweg der eifrigste und willfährigste Handlanger der Herren Militärs!

Vielen Jehntausenden von Proletariern mehr wird jetzt zugemutet, sich auf zwei und drei Jahre in den „vornehmsten Rod“ stecken und von den „Stellvertretern Gottes“ schürigeln zu lassen. Gewaltige materielle Opfer werden diesen Proletariern und ihren Angehörigen zugemutet, selbst wenn die Masse für dies Jahr einem neuen Aderlaß durch indirekte Steuern entgangen ist. Neue riesige Militärausgaben — für See- und Luftwehr namentlich — sind für die nächste Zeit schon zu gewärtigen und damit sicherlich auch neue materielle Lasten für die breite Masse der Nichtbesitzenden. Neue, schwerste Pflichten und Lasten werden dem Volke aufgebürdet — aber an die Erweiterung der Rechte des Volkes denkt Herr v. Bethmann Hollweg nicht!

Mehr noch. Eine schwere Wirtschaftskrise — von Hunderttausenden schon heute schmerzlich empfunden — droht über das deutsche Volk hereinzubrechen. Die Kosten der Lebenshaltung sind dank Zollwucher und Grenzperren, dank der künstlichen Verteuerung der notwendigsten Nahrungsmittel enorm gestiegen und steigen noch Jahr für Jahr, Monat für Monat, — die Löhne der Arbeiter aber, statt gleichfalls zu steigen, stinken oder werden gar unter brutaler Ausnutzung der Arbeitslosigkeit herabgedrückt. Die bestehende Klasse, das kapitalistische Ausbeuterium hat so ungeheuren Reichtümer gesammelt, daß es über die Wirtschaftskrise hinwegkommt, ohne auch nur den berauschenden Luxus seiner Lebensführung einschränken zu müssen. Das Proletariat dagegen mag sehen, wie es fertig wird, mag Not und Elend geduldig ertragen und zähneknirschend zusehen, wie die Bourgeoisie sich's auf Kosten des wirtschaftlich ausgebeuteten und politisch entrechteten Volkes wohl sein läßt!

Soll das wirklich so weiter gehen, Jahr um Jahr, Jahrzehnt um Jahrzehnt? Soll das preussische Proletariat sich auch künftig von Junkern, Pfaffen und Schloßbaronen gängeln und knien lassen?

Aber was soll, was kann die Masse tun, um endlich ihres schimpflichen Delotentums ledig zu werden? Es gibt innerhalb der Sozialdemokratie etliche „Diplomaten“, die uns davon überzeugen möchten, daß wir uns nur mit den Herren Liberalen über einen klugen Schlachtplan zu verständigen brauchen, um auch bei der Wahlreform „praktische“, „positive“ Arbeit zu leisten. Nun, der letzte preussische Parteitag hat ja hinlänglich bewiesen, was man von solcher Strategie hält. Von anderer Seite ist immer dringlicher die Anwendung energischerer Mittel empfohlen worden. Wir brauchen die Formel „Massenstreik“ nicht erst zu nennen. Im Prinzip ist in der Parteipresse kaum etwas gegen den Massenstreik gesagt worden. Das war ja auch angehts zweier Parteitagsresolutionen nicht gut möglich. Wohl aber hat man die Frage aufgeworfen, ob denn der Massenstreik auch als Angriffswaffe tauglich sei. Ja, man hat sogar gefragt, ob denn das preussische Wahlrecht den Massenstreik wert sei.

Unserer Ueberzeugung nach ist der politische Massenstreik nicht nur da am Platze, wo es gilt, ein Attentat gegen die Proletarierinteressen abzuwehren, sondern auch da, wo es gilt, dem Fortschritt eine Gasse zu bahnen. Es wäre ja noch schöner, wenn eine Partei, die die Welt erobern will, sich ihrer wichtigsten Waffe nur zur Defensivbedienen wolle. Wer vorwärts will, für den muß das alte Liebtnecht kampfstrohes Wort gelten: Immer in der Offensive. Und das preussische Wahlrecht sollte des Massenstreiks nicht wert sein? Und warum? Weil es ja die Junkermacht nicht nur auf politischem Gebiete, sondern auch auf dem der Verwaltung zu enturzeln gelte. Ja, glaubt man denn, eine Demokratisierung des preussischen Wahlrechts würde die junkerliche Machtstellung in der staatlichen Exekutive, in der Verwaltung, unangetastet lassen? Oder glaubt man die Junker eher aus der Verwaltung als aus dem Dreiklassenparlament herauszuwerfen zu können?

Wir fordern die preussische Wahlreform ja nicht um deswillen, um dort 30, 40 oder 50 Sozialdemokraten statt der jetzigen 10 hineinzubringen, um dort nun diese oder jene kleine Reform durchsetzen zu können, sondern um einen neuen Vorstoß gegen Junker- und Bourgeoiseregiment zu unternehmen. Wir wollen vorwärts, wenn im Tempo auch nur schrittweise, so doch Schritt für Schritt, unaufhaltsam, um die soziale Demokratie immer konsequenter durchzusetzen! Die Eroberung jeder neuen Position ist die Voraussetzung für die nächste höhere Etappe. Jeder Schritt ist von äußerster Wichtigkeit, ist des Einsetzens der höchsten Kraft des Proletariats wert. Wir wollen den Massen nicht von heute auf morgen märchenhafte Erfolge versprechen, aber wir müssen ihnen um so energischer klar machen, daß es des höchsten Kampfeseffers und Opfernbedarfs bedarf, um auch nur schrittweise vorwärts zu kommen!

Je schläfriger und passiver die Regierung in Sachen der Wahlreform wird, desto leidenschaftlicher und tatkräftiger muß die Arbeiterklasse ihre Sache führen. Erst wenn die Wahlrechtsheloten den Wahlrechtsgegnern keinen Zweifel mehr lassen, daß es ihnen bitter ernst ist mit der Erkämpfung ihrer Rechte, wird man sich zu ernsthaften Konzessionen bereifinden lassen!

Kautsky über Bebel.

Das deutsche Proletariat, die deutsche Nation, die Internationale, sie haben ihren besten Mann unter den Zeitgenossen verloren!

Der kämpfende und denkende Teil des Proletariats bildet heute in allen kapitalistischen Ländern den besten, den selbstlosesten, rastlos höherstrebenden und vorwärtsstrebenden Teil der Nation. Das deutsche Proletariat wieder ist vorbildlich geworden für die Proletarier aller Länder. Die Elite dieses Proletariats endlich wurde bisher gebildet durch die Generation, zu der August Bebel gehörte.

Und in ihr stellte er die machtvollste Persönlichkeit dar. Alle ihre Vorzüge finden wir in ihm in höchster Potenz vereinigt. Untersuchungen über die historischen Bedingungen, denen jene Elite entsproß, dann lernen wir auch die Bedingungen kennen, aus denen Bebels Bedeutung für die proletarische Bewegung, seine historische Leistung hervorging.

Man kann sagen, daß gerade aus der Kleinheit der Partei damals die Größe ihrer Befehrer erwuchs.

Als ein Häuflein von Karren mit ausichtslosen Zielen erschien sie noch vor vierzig Jahren selbst der großen Masse der Proletarier. Ernster wurde sie von den herrschenden Klassen genommen. Deren Klassenbewußtsein war schärfer ausgebildet, es witterte in dem jungen politischen Gebilde sofort eine Gefahr, die durch energichste Verfolgungen im Keime erstickt werden mußte. Auch Bebel wühlte ein Lied davon zu singen.

Es erforderte unter diesen Umständen ebenso außerordentliche Intelligenz und Selbstständigkeit des Denkens, sich zum Verständnis des Sozialismus durchzuringen, wie außerordentliche Charakterstärke, sich offen zu ihm zu bekennen.

Andererseits aber begünstigte die Zeit, in der Bebel zum Politiker heranreife, das Ersten revolutionäre Leidenschaft und revolutionären Denkens, das heißt eines Denkens, das die ganze Gesellschaft in sein Bereich zieht, ihre Umwandlung von Grund auf anstrebt.

Es war eine Zeit, in der das revolutionäre Proletariat sich allenthalben wieder zu reden begann nach dem Schlafe, den es seit

1849 gehalten, wo aber auch die bürgerliche Revolution noch ihre letzten Ausläufer entsandte. Throne wankten und wurden umgestürzt, nichts schien sicher, dem Kühnen alles erreichbar. Garibaldi stürzte das Königreich Neapel mit tausend Mann, vor dem Auge des Königs Wilhelm von Preußen erschien das Schreckbild des von seinen Untertanen geköpften Karl I. von England, Bismarck betrachtete die verschiedensten revolutionären Gruppen als Mächte, deren Gunst zu erlangen sich wohl lohnte, Napoleon wurde gestürzt, die Republik in Frankreich proklamiert, Paris monatelang vom Proletariat beherrscht. Und selbst der starke Osten kam in Bewegung. Rußland schaffte die Leibeigenschaft ab, und Österreich bekam ein liberales Ministerium. Das Proletariat selbst wurde schon zu einer Weltmacht durch die Internationale, vor der die Herrschenden zitterten.

Das waren Zustände, die revolutionäre Hoffnungsfreudigkeit aufs höchste begünstigten, das revolutionäre Denken förderten, aber nicht minder das internationale Denken, wodurch sie ebenfalls den Geschäftskreis des Proletariats erweiterten. Am meisten in Deutschland. Auch hier wieder wegen der Kleinheit seiner Bewegung. Lernen konnte es nicht aus der eigenen Vergangenheit, sondern nur aus der der englischen und französischen Bewegung. So wurde zwar England das Zentrum der internationalen Organisation, aber das internationale Denken entfaltet sich zuerst als Massenerscheinung im Proletariat Deutschlands.

In ihm bildete sich jene eigenartige Mischung französischer revolutionärer Leidenschaft und englischer Nüchternheit mit einem ausgeprägten theoretischen Sinn, der Marx und Engels an den deutschen Arbeitern besonders auffiel. Ein theoretischer Sinn, der sich nicht etwa in der Vorliebe für abstrakte Spekulationen äußerte, sondern darin, daß er keine soziale Erscheinung für sich allein betrachtete, sondern stets in ihrem Zusammenhang mit der Gesamtbewegung der Gesellschaft.

In dieser Atmosphäre wuchs der junge Drechsler heran, als Taster und Suchender, der aber bald Klarheit gewann über den Weg, den er zu wandeln hatte und den er seitdem unbeirrt weitergewandelt ist, arbeitend und kämpfend bis zum letzten Atemzug.

Er fand keine fertige Partei vor, die ihm eine Richtschnur hätte bieten können. Sie war ebenso im Tasten und Suchen begriffen wie er selbst, und Klarheit und Konsequenz hat sie erst mit ihm und nicht zum wenigsten durch ihn gewonnen.

Wohl hatten Marx und Engels schon vor ihm sichere theoretische Grundlagen für den Massenkampf des Proletariats gegeben, aber ihre praktische Anwendung auf die Organisation und Taktik des deutschen Proletariats war erst zu finden, und mit Bebels Instinkt fand sie Bebel, ehe er noch ein klarer Marxist ward.

Keiner verstand besser als er die Bedürfnisse des Proletariats und seiner Zeit; mehr als ein anderer in Deutschland hat er dazu beigetragen, der proletarischen Bewegung ihre Formen zu geben und ihre Ziele zu weisen. Soweit man von einem einzelnen sagen kann, daß er sie geschaffen, hat er die Grundlagen der Organisation unserer Partei gelegt, die seit mehr als vier Jahrzehnten so glänzend die Bedürfnisse nach zentraler Zusammenfassung der proletarischen Kräfte zu einheitlichem Handeln mit dem Bedürfnis nach demokratischer Selbstbetätigung der Massen zu vereinigen weiß. Und Bebel war es auch in erster Linie, der jene Taktik schuf, die seit den ersten Reichstagswahlen bis heute unsere Partei in stetem Vorwärtsdrängen von Sieg zu Sieg geführt hat und die für die ganze Internationale vorbildlich geworden ist.

Ein vollendeter Parlamentarier, nicht nur als glänzender und wichtiger Redner, sondern auch als kluger Taktiker, hat er nicht zum wenigsten durch seine parlamentarischen Leistungen den Parlamentarismus in den Mittelpunkt der proletarischen Bewegung gestellt. Und soweit man unter Parlamentarismus nicht bloß parlamentarische Verhandlungen, sondern auch Kämpfe um das Parlament, Wahlkämpfe und Wahlrechtskämpfe versteht, hat er damit ein Beispiel gegeben, das noch lange nachwirken wird.

Aber trotz seiner eminenten parlamentarischen Begabung und seiner gewaltigen parlamentarischen Erfolge hielt er sich fern von jener Ueberhöhung des Parlamentarismus, die Marx als parlamentarischen Kretinismus bezeichnete. Er betrachtete die parlamentarische Tätigkeit stets in ihrem Zusammenhang mit der Gesamtheit des proletarischen Klassenkampfes, mit dem sie in untrennbarer Wechselwirkung steht, aus ihm Kraft schöpfend und ihm neue Kraft verleihend.

Bebel sah in den Parlamentswahlen bei allgemeinem gleichem Wahlrecht das beste unter den bisher erprobten Mitteln, das Proletariat aufzurütteln zu einheitlichen Massenbedingungen seines Willens; er sah in der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel, unsere Anschauungen in die weitesten Kreise zu tragen, die Aufklärung und Organisation der Massen zu beschleunigen. Nicht minder hoch als die agitatorische Schätze er aber die praktische Wirkung der parlamentarischen Tätigkeit durch positive Errungenschaften ein, die, an sich unter den gegebenen Verhältnissen notwendigweise gering, doch bedeutend werden können, wenn sie dem Proletariat neuen Boden und neue Möglichkeiten erhöhter Kraftentfaltung gewähren und die Massen diese Möglichkeit durch intensifste Tätigkeit namentlich auf gewerkschaftlichem Gebiet ausnützen.

In der steten Wechselwirkung zwischen parlamentarischer Tätigkeit und der Selbsttätigkeit der Massen sah Bebel die beste Bedingung, das Proletariat für seine politische Herrschaft reif zu machen, deren Erringung er freilich nie von rein parlamentarischen Methoden erwartete.

Indem er besser als ein anderer die dauernden praktischen Bedürfnisse und Bedingungen der proletarischen Massenbewegung erkannte und ihnen aufs zweckmäßigste Rechnung trug, gleichzeitig

aber auch hinführender als jeder andere ihrer leidenschaftlichen Empörung gegen jede Anechtung und Niedertracht Ausdruck gab, erward er bei den proletarischen Massen ein Vertrauen nicht bloß in Deutschland, sondern überall, wo es eine sozialistische Bewegung gibt, wie es keinem anderen in den letzten Jahrzehnten beschieden war. Aber er gewann nicht bloß ihr freudiges Vertrauen zu seiner Führerschaft, er gewann noch weit mehr. Er gewann ihre unbegrenzte Liebe und Verehrung, denn er war nicht bloß ein großer Denker, ein siegreicher Kämpfer, er war auch einer der anziehendsten Menschen, die es gegeben hat, von einer außerordentlichen Selbstlosigkeit und bei allem Selbstbewußtsein von großer Bescheidenheit.

Er war und blieb stets der ideale Proletarier, auch in seinem eibischen Empfinden. Wohl war er sich dessen bewußt, daß es eine absolute Moral nicht gibt, daß jede Ethik nur relativ ist, aber das ließ ihm die Ethik der Schicht, in deren Reihen er kämpfte, nicht minder bindend erscheinen. Sein Privatleben war musterhaft, wie selbst seine erbittertesten Gegner anerkannten, sein Pflichtgefühl aufs höchste gespannt.

Nicht etwa, daß er ein finsterner Puritaner gewesen wäre. Gleich dem modernen Proletarier überhaupt war er vernünftigem Genießen geneigt. Aber er haßte jeden Genuß auf Kosten anderer, jeden Genuß, der durch eine Pflichtverletzung erkauft ist auch.

Der gütlichste Familienvater, der treueste Freund, war er auch der gewissenhafteste Arbeiter im Parlament und im Parteivorstand, der selbstloseste und hilfsbereitesten Genosse.

Vielleicht nicht weniger als seine große historische Leistung haben ihm diese moralischen Vorzüge jene unbegrenzte Liebe eingetragen, in der wir alle zu ihm wie zu einem Vater aufschauten, so daß wir auch seinen Verlust so tief empfinden wie den eines Vaters.

Für ihn aber wurde diese allgemeine Verehrung wieder ein Mittel, das seine historische Leistung förderte.

Er war eine kraftvolle Kampfnatur nicht nur gegenüber den gemeinsamen Gegnern, sondern auch innerhalb der Partei gegenüber den Gegnern seiner Richtung. Und doch sahen die Genossen alle, welcher Richtung immer sie angehören mochten, in ihm stets den besten, den berufsmäßigsten Anwalt ihrer Interessen. Er galt keinem von ihnen, bei aller Schärfe seines Auftretens, bloß als der Vertreter einer einzelnen Richtung innerhalb der Partei; in ihm sahen sie stets den Vertreter der Gesamtheit.

Wie kein anderer verkörperte er die Einheitslichkeit unserer Bewegung, und wie kein anderer war er dazu berufen, sie zu verkörpern. Dank seinem großen und weiten Blick, dank seiner Weisheit, stets die fernsten Konsequenzen eines jeden Schrittes zu überlegen, ehe er sich zu ihm entschloß, war sein ganzes Leben von eherner Einheitslichkeit und Konsequenz. Die Prosperität hat in ihm nie Illusionen erweckt, die ihn nach rechts drängten, die Kräfte nie Verzweiflungstimmungen, die ihn nach links über die Schnur bauen ließen. Die ungeheure Autorität, die er errungen, ermöglichte es ihm, leichter, als es sonst geworden wäre, die Partei stets auf ihrem geraden Wege zu erhalten und sie vor Zersplitterungen zu bewahren, die sie sonst schwere Enttäuschungen und Opfer gekostet hätten.

Frühzeitig, schon in den ersten Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit, hat er diese Autorität erworben. Er hat sie bewahrt und stetig vermehrt bis ans Ende seines langen und kampfreichen Lebens. Wie er als junger Mann schon wirkte, bezugst am besten der Eindruck, den er auf Engels und Marx machte. Strengere Kritiker wie die beiden konnte man sich kaum denken. Sie legten den höchsten Maßstab an, und es gab keinen, an dem ihr scharfes Auge nicht Mängel entdeckt hätte — ausgenommen Bebel.

Er war der einzige, der ihr uneingeschränktes Lob erward. Und das Urteil, das unsere beiden Meister gefällt, es ist seitdem bekräftigt worden durch das einstimmige Empfinden des Proletariats der Welt.

Wir haben viel, unendlich viel in unserem toten Vorkämpfer und Freund verloren. Aber je bedeutender der Mensch, desto weniger erschöpft sich seine Wirkung in seinem Leben, desto länger überdauert es ihn — und das ist die einzige Unsterblichkeit, an die wir glauben.

So viel wir in unserem August Bebel verloren haben, nicht nur in dem väterlichen Freund, sondern auch in dem gewaltigen Redner und dem einsichtsvollen Berater, dem zuverlässigen Helfer, so bleibt uns doch von ihm noch unendlich mehr als bloßes Erinnern.

Die Fundamente der Organisation und Taktik, die er legte, sind so tief gegründet, sie werden nicht bloß durch eine jahrzehntelange Tradition, sondern durch die lebendige Wucht der tatsächlichen Verhältnisse so machtvoll geschützt, daß die Einheitslichkeit unserer Partei auch ohne ihren getreuen Eckstein nicht gefährdet ist.

Der Sämann ist gefallen. Aber seine Saaten reifen rasch. Er selbst hatte noch das Glück, sie sprechen und grünen und heranwachsen zu sehen. Die Ernte selbst einzuharsten war ihm nicht vergönnt. Ein anderer Schnitter hatte ihn vorher gefällt, der noch manchen von uns fällen wird, ehe wir die Ernte einbringen können. Doch werden wir das Erntefest um so eher feiern dürfen, je mehr wir August Bebel nachsehen, je einheitslicher und konsequenter wir die Bahn weiter verfolgen, die er uns fast ein halbes Jahrhundert lang unermüdet, sicher und treu mit wachsendem Erfolg geführt hat.

Ein neuer militärischer Seniationsprozeß?

Kriegsminister v. Falkenhahn hat gegen den Verfasser mehrerer Zeitungsartikel, Max Sebaldt, Strafantrag wegen Verleumdung des Wirklichen Geheimen Kriegsrates Stelle gestellt. Dieser Prozeß verleiht gewaltigen Aufsehen zu erregen. Im Mittelpunkt des Prozesses dürfte der Ankauf des Truppenübungsplatzes bei Jossen stehen. Max Sebaldt behauptet nämlich, daß der Wirkliche Geheimen Kriegsrat Stelle mit einem der Spekulanten, die die Grundstücke erst billig an sich gebracht und sie dann dem Militärkäufes teuer verkauft haben, eng befreundet war und der Verfasser läßt durchblicken, daß der Spekulant von seinem Freunde informiert worden sein müsse.

Diese Angelegenheit hat den Reichstag, sowohl in der Budgetkommission wie auch im Plenum bereits eingehend beschäftigt, ohne daß die Militärverwaltung eine Aufklärung gegeben hätte, die auch nur einigermaßen befriedigen konnte. Der Truppenübungsplatz bei Jossen hat dem Reiche 18 Millionen Mark gekostet, er wäre für etwa 10 Millionen zu haben gewesen, wenn es hätte verhindert werden können, daß die Spekulation in das Geschäft eintritt. Von den einst dort ansäßig gewesenen Bauern wurden sechs Grundstücke für 51 050 M. gekauft, für welche der Bevollmächtigte des Kriegsministers bald darauf den Erwerbern 240 000 M. bezahlte mußte. Ein Ziegeleibeisitzer in Schneide hatte einige kleinere Anwesen für 46 530 M. gekauft, er verkaufte sie an einen Bankier Leopold Steinhil in Berlin-Steglich für 90 000 M. Dieser ließ sie dann der Militärverwaltung für 221 000 M. ab! Diese Tatsachen, die nur einen kleinen Ausschnitt aus dem ganzen Geschäft bilden, mußten von der Heeresverwaltung als richtig anerkannt werden.

Es entstand nun die Frage: Wie konnten die Grundstücksbesitzer wissen, daß bei Jossen ein Truppenübungsplatz errichtet wird? Daß hier eine Indiskretion vorgekommen ist, kann kaum einem Zweifel unterliegen. Die Aufklärung darüber wird Sache der gerichtlichen Feststellungen sein. Generalleutnant v. Staabs gab in der Sitzung des Reichstages vom 26. April 1913, in der Abg. Stücken diese Grundstücksbesitzer zur Sprache gebracht hatte, zu, daß die Spekulanten hohe Gewinne eingekassiert haben, er glaubte aber, versichern zu müssen, daß die Heeresverwaltung die Absicht, bei Jossen einen Truppenübungsplatz zu errichten, streng geheim gehalten habe. Weiter meinte er, auch die Spekulanten konnten davon nichts wissen, und wenn sie dort Grundstücke gekauft haben, dann lediglich deshalb, weil sie dort — Jagdgüter errichten wollten! Den guten Glauben des Generals wollen wir nicht bezweifeln, aber es wäre doch eine merkwürdige Schicksal, auf weitem weitem Sandboden mit höchst dürftigem Führerbestand Jagdgüter errichten zu wollen und zu diesem Zweck häuerliche Anwesen — also Häuser, Scheunen und Stallungen — anzukaufen! Daß dieses ungeheuerliche Grundstücksgeschäft in der Öffentlichkeit bekannt wurde, ist dem Pfarrer Stier in Rohen, eine der ausgelassenen Gemeinden, zu danken. Der Pfarrer setzte es durch, daß die Gemeinde schnellst eine Umsatzsteuer beschloß, um der Gemeindefälle einen Teil des Spekulantengewinns zu sichern. Die Genehmigung zur Erhebung dieser Steuer trat aber erst ein, als die Geschäfte bereits abgeschlossen waren; die Gemeinde hatte also das Nachsehen. Der Pfarrer machte für diese Verzögerung den Landrat verantwortlich, daraus entstand schließlich ein Disziplinarverfahren gegen den Pfarrer, den man sogar, gestützt auf ärztliche Zeugnisse, als mit dem Querkranke in wahn behaftet hinstellte. Die von dem Pfarrer angegriffenen Personen kamen auf diese Weise um eine gerichtliche Klage herum, denn eine gerichtliche Klage gegen einen Geistlichen mußte ja von vornherein als aussichtslos erscheinen. Vor dem Evangelischen Oberkirchenrat, vor dem sich der Pfarrer im Disziplinarwege zu verantworten hatte, wurde jedoch festgestellt, daß der Pfarrer geistig vollkommen normal ist. Das Urteil, das auf Verletzung in ein anderes Pfarramt lautete, stellte ausdrücklich fest, daß der Pfarrer aus eigenem, edlen Motiven gehandelt habe. Trotz dieses Ausgangs der Disziplinarfrage lagten die angegriffenen Personen auch jetzt nicht, sie beriefen sich zum Beweise dafür, daß der Pfarrer im Unrecht war, auf seine Verletzung, wiewohl diese Verletzung aus einem armen, unscheinbaren Rest ganz gewiß nicht als Strafe erachtet werden kann. Sie wird wohl mehr um des lieben Friedens willen erfolgt sein.

Daß der Kriegsminister nunmehr den einzig möglichen Weg, die Sache in aller Öffentlichkeit zu klären, eingeschlagen hat, ist mit Freuden zu begrüßen. Dem Wirklichen Geheimen Kriegsrat Stelle wird damit Gelegenheit geboten, unter seinem Eid zu bekunden, daß er von der Absicht, bei Jossen einen Übungsplatz zu errichten, keinem Menschen ein Wort gesagt hat, und der Bürgermeister von Jossen, Dr. Wirth, der Amtsvorsteher Richter in Spreenberg, der Bankier Steinhil und die anderen angegriffenen Personen werden als Zeugen unter ihrem Eid bekunden müssen, ob und bejahenden Falles von wem sie Informationen empfangen haben. Der Beauftragte des Kriegsministeriums, Kommissionsrat Richter, hat eine Kommissionsgebühr von 1/4 Proz. bekommen, bei dem hohen Objekt eine nette Summe; ihm stellte der Generalleutnant v. Staabs das Zeugnis aus, daß ihm keinerlei Vorwurf gemacht werden könne, um so weniger, als der Kommissionsrat zwar für seine Rechnung auch 800 Morgen Land erworben hatte, diese aber dem Fiskus zum Selbstkostenpreis überlassen habe. Wie sich dieser Selbstkostenpreis zusammensetzte, wird wahrscheinlich auch Gegenstand der gerichtlichen Nachprüfung sein müssen, denn es ist nötig, daß dieses Grundstücksgeschäft gründlich durchleuchtet wird; sowohl im Interesse der Steuerzahler als auch in dem der Heeresverwaltung, die bei Grundstücksbesitzern nicht gerade immer eine glückliche Hand bewiesen hat.

Politische Ueberblick.

Das Erfurter Zuchthausurteil.

Für die Verurteilung gegen das bekannte Zuchthausurteil des Erfurter Kriegsgerichts ist jetzt der Termin auf den 3. und 4. September angelegt. Geladen sind 38 Zeugen, zum Teil solche, die zum ersten Termin nicht geladen waren. Die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Varnau-Berlin und Schenkel-Erfurt übernommen.

Zur Nachwahl im ersten Hamburgischen Reichstagswahlkreise.

Die konservative Vereinigung in Hamburg, eine ganz unbedeutende politische Gruppe, erläßt folgenden Aufruf:

Durch den Tod des Abgeordneten Bebel ist der erste Hamburgische Reichstagswahlkreis erledigt und in wenigen Wochen wird die Neuwahl stattfinden haben. Mögen auch die Ausfichten noch so ungnädig, die Wähler vielleicht verloren sein, so bleibt es doch die Ehrenpflicht des Hamburgischen Bürgertums, niemals der Sozialdemokratie einen Wahlkreis kampflos zu überlassen. Die Hamburgische konservative Vereinigung hat bereits in den letzten Würgerschaftswahlen unter Anspannung aller Kräfte das Wahlgesetz gegen links geführt, sie wird auch jetzt ihre Schuldigkeit tun. Dabei betrachtet sie es als ihre Aufgabe, wenn angängig, jeden Zwiespalt zwischen bürgerlicher Mitte und bürgerlicher Rechten vorzubeugen und den Versuch der Sammlung zu machen. Nicht die Güte ihrer Gedanken und Bestrebungen, sondern die Arbeit und Opferwilligkeit ihrer Anhänger hat die Sozialdemokratie auch in Hamburg groß gemacht. Wer von unseren Mitgliedern und den Freunden unserer Anschauungen persönlich helfen will, in Veranlassungen, in mündlicher und schriftlicher Agitation oder in anderer Weise, der melde sich bald in der Geschäftsstelle. Wer hierzu nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, der möge bedenken, daß die Sozialdemokratie ihre Erfolge zum guten Teile durch die materielle Hilfe gewinnt, die ihr in staunenswerter Weise gerade die minderbemittelten Schichten zuwenden, und unterstütze uns mit Geldsendungen. Die Hamburgische konservative Vereinigung hat ihre Geschäftsstelle Rathausstr. 2, II. (Bankkonto: Kommerz- und Diskonto-Bank).

Man kann es dem Vereinen nicht wehren, einen Kandidaten im Bebelischen Wahlkreis aufzustellen und Geld zu verpulvern; aber irgendeinen nennenswerten Erfolg werden sie nicht erzielen.

Nur keine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Die nationalliberale „Straßburger Post“ und mit ihr andere liberale Blätter haben eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise für notwendig erklärt und u. a. vorgeschlagen, die Seelenzahl, auf die ein Abgeordneter entfällt, auf 160 000 festzusetzen. Dieser Vorschlag hat der „Deutschen Tageszeitung“ anscheinend Angst eingejagt, denn sie schreibt:

„Die jetzigen Reichstagswahlkreise beruhen auf den geschichtlich gewordenen Verhältnissen. Diese Verhältnisse müßten durchbrochen und umgekehrt werden, wenn man rein mechanisch die Wahlkreise so abändern wollte, daß nun auf 160 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Das würde eine gefälschte Wahlkreise-

geometrie geben, die die schärfsten Kämpfe nach sich ziehen müßte. Aber selbst, wenn man auf solche Kämpfe nicht Rücksicht nehmen wollte, man würde doch durch die Veränderung der Reichstagswahlkreise keineswegs und keinesfalls einen idealen Zustand herbeiführen. Die Klagen über die Verschiedenartigkeit würden nicht verstummen, sondern in kurzer Zeit noch viel lauter erschallen als jetzt.“

Diesem letzteren Bedenken könnte sehr gut dadurch abgeholfen werden, daß man in der Verfassung eine Bestimmung aufnimmt, welche die Reichstagswahlkreise etwa alle zehn Jahre neu einzuteilen wären. Die Besorgnisse der „Deutschen Tageszeitung“ liegen aber auf einem anderen Gebiet, denn bei einer Neueinteilung der Wahlkreise würden den Konservativen einige ihrer volkssarmen Domänen in Ostelbien verloren gehen. Der Hinweis auf die geschichtlich gewordenen Verhältnisse ist völlig berechtigt, denn die Aufrechterhaltung des unerblicklichen Einflusses ist keineswegs eine geschichtliche Notwendigkeit. Heute liegen die Dinge so, daß die städtische Bevölkerung bei der Ausübung des Wahlrechtes ganz wesentlich benachteiligt wird den ländlichen Kreisen Ostelbiens gegenüber, und es ist bezeichnend, daß das agrarische Blatt es sofort mit der Angst zu tun bekommt, wenn eine gerechte Einteilung der Wahlkreise erstrebt wird. Allerdings für Gerechtigkeit haben die preussischen Junker niemals eine besondere Vorliebe gehabt.

Nachmals die „Alkoholbegeisterung“ der Katholikentage.

Die „Köln. Corr.“, die sich über die „Alkoholbegeisterung“ und die durchsummelten „Katholikentage“ auf den Katholikentagen aufgehalten hatte, tritt nach der energischen Zurückweisung, die ihre Äußerung durch die Zentrumsleiter erfahren hat, einen Rückzug an. Sie schreibt in ihrer letzten Nummer:

„Der Artikel in der letzten Nummer der „Köln. Corr.“ über die deutschen Katholikentage ist in Abwesenheit des redaktionellen Leiters ohne vorgängige eingehendere Durchsicht erschienen. Er enthält ein paar Behauptungen, die wir nicht aufrecht erhalten möchten; so, daß der Alkoholgenuß während der Katholikentage 50 Proz. der Begeisterung beitrage, und daß die meisten aus fremden Provinzen Zugereisten hauptsächlich des Vergnügens halber kämen. Abgesehen von diesen beiden Stellen, die wir gestrichen hätten, gibt der Aufsatz eine unseres Erachtens richtige Schilderung der Katholikentage, wie sie seit 10—12 Jahren sind. Wir haben durchaus nichts dagegen, wenn die Katholikentage dem Zentrum dienen, wie sie es auch in Wirklichkeit tun, denn Zentrum und Katholikentage sind auf demselben Boden entstanden, auf dem katholischen Boden, von dem sie beide jetzt noch leben.“

Die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ vom 15. August versichert den Artikel der „Köln. Corr.“, indem sie durch eine Auslassung den Anschein erweckt, als behaupte die Korrespondenz die meisten Besucher der Katholikentage gingen zu diesen Veranstaltungen der Vergnügungen wegen. Der Artikel besagt dagegen, nur unter den Zugereisten aus fremden Provinzen kämen die meisten, um vergnügte Tage zu erleben.

Das Blatt meint weiter, die Kölner und wir zögen doch eigentlich an demselben Stränge. Nein, es ist der Kölner Richtung bitter ernst mit ihren Entkatholisierungstendenzen und ihrer Entkonfessionalisierungspolitik! Meint die „Rhein.-Westf. Ztg.“, die ganze Kölner Richtung sei eitel Komödie? Warum erklären uns die Kölner dann nicht in camera caritatis: „Was ihr sagt, das sagen wir ja selbstverständlich auch, nur tun wir so un-katholisch, um die Liberalen einzufangen?“

Das Essener Blatt behauptet weiter, wir hätten nur aus Haß gegen die Kölner, das bisher ängstlich gehaltene Geheimnis über den wahren Charakter der Tagungen preisgegeben. Wir hatten behauptet, die Katholikentage dienen dem Zentrum. Ist denn das ein Geheimnis? Auch die „Kölnische Volkszeitung“ wird zugeben, daß die Katholikentagsversammlungen eine vorzügliche Zentrumsreklame darstellen. Das liberale Blatt, welches aus seinen wohlbegünstigten Sympathien für die Kölner Richtung kein Hehl macht, nennt uns „Ueberkatholiken“. Das sind wir nicht. Wir befolgen die Weisungen Roms. Wer das tut, das ist kein Ueberkatholik, sondern er ist einfach Katholik. Zutreffender besetzt uns die „Kölnische Volkszeitung“ mit der Bezeichnung „integrale“, d. h. ganze Katholiken. Damit sagt das fahrende Blatt der Kölner Richtung, daß es selbst nicht integral, d. h. nicht ganz, sondern nur zum Teil Katholik ist.“

Der Block der Rechten.

Die „Konservative Korrespondenz“ bringt eine Zuschrift, in der die Möglichkeit eines Blocks der Rechten erörtert wird. Die Notwendigkeit einer solchen Verbindung wird gefolgert aus dem angeblichen Versinken eines Blocks der Linken, und zwar führt der Verfasser aus:

„Viel größere Aussicht als der kaleidoskopartige, sich aus den verschiedensten Elementen zusammensetzende Raumannsche Block, hätte ein Block der Rechten. Zunächst sollte in Erwägung gezogen werden, die Rechtsparteien, zu denen die Konservativen, die Wirtschaftsreformer, die Antisemiten und die Rechtsnationalen zu rechnen sind, einander zu nähern und zu bereitemt schlagen in den künftigen Wahlkämpfen zu bewegen. Wenn man bedenkt, daß die Regierung weniger führt als geführt wird, daß die Anzeichen für ein parlamentarisches System sich in letzter Zeit beträchtlich mehrten, daß liberale und konservative Weltanschauung gar oft aufeinanderplayten, wenn man weiter bedenkt, daß es mehr denn je gilt, der Sozialdemokratie einen Damm entgegenzusetzen und die Lauten und Unzufriedenen zurückzugewinnen, dann sollte man die Herbeiführung eines Blocks der Rechtsparteien herbeiwünschen.“

Die Verschiedenartigkeit, so wird weiter dargelegt, sei auf der Rechten nicht so groß wie auf der Linken, „wo bald das grelle Rot der Demokratie, bald das Rosenrot und Violet des Liberalismus vorherrschen“.

Die neue Blockbildung wird bei den mitangelegenen Parteien kaum große Gegenliebe finden. In kulturellen Fragen stimmen die rechtsstehenden Parteien schon jetzt meist zusammen. Dagegen dürfte es gerade den Freikonservativen nicht gerade danach gelüsten, die Verantwortung mittragen zu sollen für die Politik des Ueberpartiariums. Auch das Organ der Schwertindustrie, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, verspricht sich nicht viel von dem neuen konservativen Plan. Das Blatt meint:

„Dieser Block der Rechten“ hätte etwa 80 Mitglieder, falls sich wirklich die Hoffnungen der Konservativen auf eine Spaltung der nationalliberalen Partei in Rechts-Nationalliberale und andere erfüllen. An eine solche Spaltung ist aber vorläufig nicht zu denken. Sogar wenn die sämtlichen Nationalliberalen, was wir wirklich wünschen würden, für einen solchen Block der Rechten zu haben wären, ist die Aussicht dieses Blocks im roten Reichstag hoffnungslos. Es müßte denn sein, daß in diesem Block auch noch das Zentrum aufzunehmen wird; dann wäre allerdings ein Block von 200 Mitgliedern vorhanden. Aber das ist dann kein „Block der Rechten“ mehr, sondern jener „Block der Arbeitswilligen“, dessen Bildung Wochem nach den Reichstagswahlen 1912 mundgerecht machte.“

Auch Herr Dr. Oertel hält nichts von diesem neuen Block. Er schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Gewiß stehen die konservativen Parteien und Gruppen im allgemeinen auf dem Boden einer gemeinsamen Weltanschauung. Aber in den politischen Fragen des Tages, und zwar sowohl in staatspolitischen als auch in wirtschaftspolitischen, sind die Meinungen doch sehr erheblich auseinander gegangen. Wir müßten vergangene Dinge nicht wieder aufzählen, sondern be-

gängen und damit, beispielsweise auf die Abstimmung über den Arbeitswilligen und über das Besitztumsrecht hinweisen. Wenn ein Block Kraft und Bedeutung haben soll, so muß nicht nur Übereinstimmung in den hauptsächlichsten Fragen, sondern auch der gemeinsame Wille vorhanden sein, in gewissen Grenzen gemeinsame Politik zu machen. Ob das jetzt schon für die verschiedenen Gruppen der Rechten zutrifft, das müssen und wollen wir dahingestellt sein lassen.

Der Traum von einem Block der Rechten wird somit ein Traum bleiben, vorläufig wenigstens. Daß später doch einmal ein enger Zusammenschluß erfolgen wird, ist nicht unwahrscheinlich.

Professor v. Bar.

Auf der Reise nach Oxford ist gestern im 78. Lebensjahr der Professor der Rechtswissenschaft an der Göttinger Universität Geh. Justizrat v. Bar gestorben, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet des Völkerrechts. Professor v. Bar hat eine große Anzahl von rechtswissenschaftlichen Werken verfaßt, besonders über Strafrechtsreform und die Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsgerichte. Von 1890—1898 gehörte er auch dem Deutschen Reichstage als freisinniger Abgeordneter für den Wahlkreis Rostock an.

Die Balkanfragen.

Das Einlenken der Türkei.

Köln, 21. August. Der Köln. Zeitung wird aus Berlin telegraphiert: Die gestern ausgesprochene Hoffnung auf Entgegenkommen der Türkei zur Einstellung ihrer Truppenbewegung jenseits der Maritima scheint in Erfüllung zu gehen. Die Worte hat den Rückmarsch der vorgeschobenen Abteilungen bereits angeordnet. Wenn infolge dieser veränderten Haltung der Worte die Unberührbarkeit dieses Gebietes anerkannt wird, so sei das daher gekommen, daß die Großmächte mit ihren Schritten in Konstantinopel zur Verhütung weiterer Uebergriffe Erfolg hatten. Die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Bulgarien bringe rechtzeitig eine wünschenswerte Entspannung. Die Frage nach der Zukunft Adrianopels ist damit freilich noch nicht gelöst. Die Stadt mit bewaffneter Hand für die Bulgaren zurückzuerobern, scheint keine Großmacht für angebracht zu halten. Es bleibt nur die Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen, möglicherweise in Verbindung mit Verhandlungen direkt zwischen Bulgarien und der Türkei, übrig.

Die Kriegsgreuel.

London, 21. August. Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht einen Bericht, der eine genaue Untersuchung über die von Bulgaren verübten Grausamkeiten, besonders in Adrianopel, enthält. Diese Untersuchung liefert den Beweis, daß die türkischen Anschuldigungen nicht nur wahr sind, sondern daß die verübten Grausamkeiten in Wirklichkeit alle Begriffe übersteigen. Die Adrianopeler Frauen, von den Mohammedanerinnen ganz abgesehen, Griechinnen, Südbinnen und Armenierinnen, wurden vergewaltigt. Die Bulgaren bemächtigten sich ganz besonders der türkischen Frauen und respektierten weder deren Stellung noch Alter. Von den jungen Mädchen sind viele geflohen, um ihre Schande zu verbergen. Die fremden Konsuln, die gegen diese Gewaltakte Protest erhoben, wurden in arroganter Weise von der bulgarischen Behörde zurückgewiesen. Der Bericht ist von einem russischen Beamten ausgearbeitet, der speziell zu diesem Zweck nach Adrianopel entsandt worden war.

Paris, 21. August. Der bulgarische Minister des Auswärtigen Ghenadiew protestiert in einem an den französischen Abgeordneten George Berry gerichteten Brief gegen die Beschuldigung, daß die bulgarische Armee im Laufe des letzten Krieges Greuelthaten verübt habe. „Ich habe mich“, schreibt Ghenadiew, „an die Regierungen der Großmächte gewandt, um eine internationale Untersuchung über die Greuelthaten zu verlangen. Ich habe die begründete Ueberzeugung, daß diese Untersuchung die bulgarische Armee rehabilitieren, den Nachweis der Bösgläubigkeit unserer Verleumder erbringen und die wahren Schuldigen finden wird.“

Oesterreich.

Wesppflicht und Auswanderung.

Die „Reichspost“, das Organ des allerhöchsten Patriotismus, sieht sich gezwungen festzustellen, daß in der Bevölkerung ganz andere Gefühle maßgebend sind. Weit entfernt, sich für die neuentdeckten Hochtiele des habsburgischen Doppelkaisers zu begeistern und zu seinem Dienste zu drängen, fürchtet man die furchtbaren Opfer, die dieser Imperialismus den Wesppflichtigen auferlegt, und flüchtet in Massen. Das Chronosolgerblatt stellt fest, daß allein in diesem Jahre aus Oesterreich 121 000 Stellungspflichtige geflüchtet sind. Weit aus am stärksten war diese Auswanderung in Galizien und der Bukowina, den Ländern, die, an Rußland grenzend, den Schrecken des gestrichelten Krieges am nächsten waren und auch unter der seit Herbst andauernden Kriegsmühen Ansammlung von Truppenmassen am meisten gelitten haben. Bis Ende Juni gab es unerlaubt ausgewanderte Militärpflichtige im Gebiete des Korpskommandos: Krakau 20 872, Przemyśl 26 112, Lemberg 33 880, zusammen 80 844 in einem Gebiete von weniger als 9 Millionen Einwohnern! Am bittersten ist dieser ungebührliche Verlust, wohlverstanden der besten Kräfte, da die Untauglichen nicht auswandern, jetzt, wo wieder eine neue Steigerung der Heeresstärke, die 40 000 Mann mehr erfordert, gefordert wird. Die „Reichspost“ hat denn auch ein sehr wirksames Mittel zur Abhilfe entdekt. Nicht etwa, daß sie eine Einstellung der wahnwichtigen, das arme Land an den Rand des Verderbens treibenden Rüstungs- und Kriegswesppflicht fordert — mit solchen Kleinigkeiten gibt sich das Organ eben dieser Wesppflicht nicht ab. Nein, sie will eine schärfere Ueberwachung der Grenzen und die Bekämpfung der Auswanderungsagenten! Gewiß ein probates Mittel. Namentlich, wenn man nach dem Schwesterlande Ungarn blickt, wo mit brutaler Gewalt die Auswanderung verhindert wird und doch fort und fort Hunderttausende heimlich auswandern.

England.

Die Wahl in Chesterfield.

Chesterfield, 21. August. Anstelle des verstorbenen Unterhausmitgliedes Daslam (Arbeiterpartei) ist Kenyan (Liberal und Arbeiterpartei) gegen einen Unionisten und einen Sozialdemokraten gewählt worden.

Das Kanalprojekt.

Paris, 21. August. Das „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß die Stimmung für den Bau eines unterseeischen Tunnels zwischen England und Frankreich sich in jüngster Zeit in England so gebessert habe, daß die Ausführung dieses Planes innerhalb der nächsten fünf Jahre als gesichert gelten könne. Dieser Tunnel, so meint das „Echo de Paris“, würde die englische Flotte von der Aufgabe befreien, die Versorgung

Englands mit Lebensmitteln zu beschützen. Die englische Flotte könnte alsdann jede Invasion oder die Annexion Belgiens und Hollands durch eine andere Macht verhindern.

Rußland.

Beschleunigte Mobilmachung.

Paris, 21. August. Wie der „Matin“ mitteilt, wird die Leitung der russischen Armee Maßnahmen zur Beschleunigung der Mobilmachung ergreifen. Diese Beschleunigung ständen im Zusammenhang mit der Anwesenheit der französischen Militärmission in Petersburg, an deren Spitze General Joffre, der künftige Generalissimus der französischen Armee, steht. Die russische Armee werde infolge dieser Maßnahmen, die sich hauptsächlich auf den Bau strategischer Eisenbahnen beziehen, fast ebenso schnell mobil gemacht werden können wie die französische Armee.

Aus der Partei.

Zum Parteitage.

In der ersten Beilage der heutigen Nummer veröffentlicht wir die beim Parteivorstande eingegangenen Anträge zum Parteitage in Jena.

Zur Kandidatur im ersten Hamburger Reichstags-Wahlkreis.

Gegenüber den Nachrichten, die die bürgerliche Presse bereits über den Nachfolger unseres verstorbenen Genossen Webel im ersten Hamburger Reichstags-Wahlkreis verbreitet, können wir mitteilen, daß die Vertrauensleute des ersten Hamburger Wahlkreises beschlossen haben, Genossen Otto Stolten, Redakteur am „Hamburger Echo“, als Kandidaten für den Reichstag vorzuschlagen. Die definitive Entscheidung über die Kandidatur wird in der nächsten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Anfang September fallen.

Aus den Organisationen.

Eine gut besuchte Parteiversammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises setzte die unterbrochene Aussprache zum Parteitage in Jena fort. Die ersten Redner griffen zurück auf die Ausführungen des Genossen Koske in der ersten Versammlung. Dieser hatte in ausführlicher Weise die Haltung der Mehrheit der Fraktion in der Wehr- und Dedungsfrage begründet und schließlich bemerkt, daß die Fraktion in der schwierigen Situation des Rechte getroffen, daß sie kein Prinzip der Partei, daß sie das Programm nicht verlegt und nur im Interesse der Volksmassen gehandelt habe. Genosse Brandler gab zu, daß die Fraktion auf parlamentarischem Wege alles getan habe, was zu tun war; aber man habe die außerparlamentarischen Mittel unbenutzt gelassen, man hätte den Massen Gelegenheiten zur Aussprache geben müssen. Ein Chaos habe selbst in der Fraktion geherrscht. Er empfahl die Diskussion des Massenstreiks als ein Mittel, das früher oder später auch vom deutschen Proletariat in Kampf angewendet werden müsse. Dem widersprach Genosse Frisch, der die Behandlung der Arbeitslosenfrage in den Vordergrund zu stellen wünschte; im übrigen polemisierte er gegen die Koskeschen Ausführungen und betonte ausdrücklich, daß wir unsere Politik so einzustellen haben, daß die Einheit der Partei gewahrt bleibe. Genosse Heilmann bemerkte, daß sich in der Presse und in den Versammlungen die bisherigen Erörterungen zur Haltung der Fraktion zum größten Teile unverständlichweise um die Schlussabstimmung gedreht haben, die aber nur eine Formfrage und ohne jede ernsthafte politische Bedeutung gewesen sei. Parteigrundzüge seien nicht verlegt worden. Die Frage der Schlussabstimmung sei nur insoweit von Bedeutung, als der Fraktion das Recht bleiben müsse, für direkte Reichssteuern zu stimmen, wenn die Umstände es erfordern. Nachdem Genosse Heilmann untersucht hatte, woher die diese Kritik und die weitverbreitete Unzufriedenheit der Genossen komme, wandte er sich dagegen, daß mit deren Massenstreikpropaganda das Weibel kurziert werden könnte. Alles bisherige Reden über den Massenstreik sei über die Phrase nicht hinausgekommen. Ein Allheilmittel zur Beseitigung der Stagnation im Parteileben gebe es überhaupt nicht. Einen Grund für den Stillstand der Partei erblicke er im Schwinden des Idealismus der Arbeiterklasse, der in der Raiffeiserversammlung wieder in falsche Bahnen gelenkt werden sollte. Vom Standpunkte des Gewerkschafters billigte Genosse Schlenker das Verhalten der Fraktion, während Genosse Hedert den Schwerpunkt der Debatten wieder in die Masse des Volkes getragen haben will, damit die schwebenden Fragen hier gründlich erörtert würden; auch müßten die Massen die Waffe des Massenstreiks kennen lernen. Ein Schlussantrag machte der Diskussion ein Ende. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Der sozialdemokratische Verein für den Kreis Solingen beschäftigte sich am vergangenen Sonntag in einer außerordentlichen Generalversammlung mit der Stellungnahme zum deutschen Parteitage. Nach einem Vortrage des Genossen O. Buch-Düffeldorf und nach einer recht ausgiebigen Diskussion wurde eine Resolution mit zwei Drittel Mehrheit bei 350 Anwesenden angenommen, welche die Haltung der Reichstagsfraktion in der Dedungsvorlage mißbilligt. Weiter wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, die der nächsten Kreisgeneralversammlung Bericht über die von einigen Führern der hiesigen Lokalkomitees seit Jahren gegen die Partei betriebene Hege erstatte soll. Die Versammlung vertrat fast einstimmig den Standpunkt, daß gegen die Personen, die sich immer und immer wieder in der größten Weise gegen die Partei vergehen, das Ausschlußverfahren eingeleitet werden müsse.

25 Jahre Wahlverein.

Der sozialdemokratische Wahlverein Oldenburg begeht am Sonnabend, den 23. August d. J., das fünfundsundzwanzigjährige Jubiläum seines Bestehens. Es dürfte wenig Gegenden und Orte im Deutschen Reich geben, wo der zu beachtende Woden für unsere Genossen so hart und steinig war, und teils noch ist, wie in der industriellen Beamten- und Residenzstadt Oldenburg. Beamte und Kleinbürger drückten diesem Orte, als das Sozialistengesetz brutal jeden sozialistischen Punkt zu zertrümmern suchte, besonders ihren Stempel auf und nur unter den größten Anstrengungen und persönlichen Opfern ist es gelungen, die Partei auch hier festen Fuß fassen zu lassen. Bei den Septennatwahlen 1887 wurden im ersten oldenburgischen Reichstagswahlkreise, zu dem auch die Fürstentümer Lüneburg und Verden zählen, erst 924 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht; 1912 war diese Stimmengahl auf 10 285 gestiegen und steht unser Kandidat in dem noch heute vorwiegend agrarischen Wahlkreise bereits seit mehreren Wahlperioden mit den national-liberalen oder fortschrittlichen Kandidaten in Stichwahl. In der Stadt Oldenburg selbst, in der vor fünfundsundzwanzig Jahren niemand wagen durfte, sich öffentlich zur Sozialdemokratie zu bekennen, zählt der sozialdemokratische Wahlverein heute 1528 Mitglieder, darunter 447 Frauen, trotzdem auch jetzt von einer industriellen Entwicklung in dem Residenzort noch immer keine Rede sein kann. Landtagsabgeordneter H. u. g. Rühringen hat eine kurze Jubiläumsschrift verfaßt, die vom sozialdemokratischen Wahlverein verlegt wird, die einen Teil der Parteigeschichte für das Großherzogtum Oldenburg und Ostfriesland darstellt und in interessanter Weise die Kämpfe schildert, die die Partei endlich auch hier vorwärtsbrachten.

Vorsicht bei Sammellisten.

Der Parteivorstand schreibt uns: Ein Hilfsverein für politische Gefangene in Rußland verwendet aus der Schweiz Zirkulare, in denen zur Unterstützung russischer politischer Gefangener aufgefordert wird, an deutsche Parteigenossen. Solche Zirkulare und dazu gehörige Sammellisten wurden u. a. auch in Berliner Fabriken in Umlauf gesetzt. Ueber die Tätigkeit des betreffenden

Vereins ist uns nichts Näheres bekannt. Die deutschen Parteigenossen werden aber ganz allgemein gebeten, Sammlungen, die nicht unter Kontrolle der deutschen sozialdemokratischen Partei stattfinden, keine Beachtung zu schenken.

Aus Industrie und Handel.

Folgen der Tabaksteuererhöhung. Daß die Einführung des Zollzuschlages auf Tabak von bösen Folgen für die Tabakarbeiter begleitet sein würde, hat die Sozialdemokratie vorausgesehen. Es ließ aber, die Industrie werde die Steuererhöhung bald überwinden. Wie wenig diese Regierungserwartung zutrifft, beweisen u. a. einige Angaben der Tabakarbeitervereine für die Kreise Minden, Lübbecke und Herford — wo bekanntlich die norddeutsche Tabakindustrie zu Hause ist. Es hat betragen:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der oblig. versch. Personen	Summe der verdienten Böhne
1907	590	13 857	8 675 964 M.
1908	598	13 505	9 023 460
1909	586	13 202	8 762 105
1910	556	11 557	7 487 410
1911	567	11 742	7 597 693
1912	587	12 142	8 723 688

Es ist heute der Stand von 1908 noch nicht wieder erreicht, und durch den beginnenden Niedergang der Wirtschaftslage dürfte die Tabakindustrie aufs neue schwer getroffen werden. In den oben angegebenen Zahlen sind die Heimarbeiter nicht enthalten, bei ihnen hat sich aber die Folge der Steuererhöhung ganz besonders fühlbar gemacht.

Wernerenswert ist auch, daß die Auswanderung nach dem Jahre 1909 verhältnismäßig stark in diesen Bezirken zugenommen hat.

Verwaltungsform und Stromabgab. In einem vor einiger Zeit gehaltenen Vortrage „Die Stellung der öffentlichen Elektrizitätswerke im Wirtschaftskreis“ ludte der Ingenieur der A. E. G. naheliegender Elektrizitäts-Versorgungsgesellschaft, Herr Dr. Ing. Siegel, nachzuweisen, daß Elektrizitätswerke im Privatbetrieb erheblich erfolgreicher arbeiten als im Kommunalbetrieb. Er stellte zu diesem Zweck die Stromabgabe pro Kopf der Bevölkerung einiger A. E. G.-Werke der Stromabgabe einer Reihe von Kommunalwerken gegenüber, woraus sich eine verblüffende Ueberlegenheit des Privatbetriebes ergab. Diese Gegenüberstellung hat nur, wie die Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken schreibt, den Nachteil, daß sie durchaus willkürlich ist und sich in keiner Weise verallgemeinern läßt. Die Stromabgabe pro Kopf der Bevölkerung ist in erster Linie von den lokalen Verhältnissen abhängig, z. B. davon, ob Groß-, Mittel- oder Kleinindustrien ob ältere oder neuere Industrien vorherrschen, ob besonders lebhafter Geschäftsverkehr vorhanden ist, die Bevölkerung zu starkem Lichtverbrauch neigt, ältere Gasanstalten vorhanden sind u. dergl. mehr. Diese Momente beeinflussen den Stromkonsum in viel höherem Maße, als es jemals die Verwaltungsform tun könnte. So gibt es kommunale Werke mit hohem Stromabgab (z. B. Neuh 103,5; Schwelm (Kreis-Elektrizitätswerk) 125,8; Kamen 102,8; Düren (Kreis) 82,0; Duisburg 65,4; Remscheid 65,0; Wermeln 64,4; Düren (Stadt) 63,1; Rheydt 62,2; Elberfeld 63,0 Kilowattstunden pro Kopf der Bevölkerung) und mit niedrigem Stromabgab (Dreslau 14,7; Kassel 15,2; Danzig 10,9; Lübeck 17,4; Kiel 10,9; Freiburg i. Br. 20,4 Kilowattstunden pro Kopf), ebenso wie es Privatwerke mit hohem (Schlesische Elektrizität- und Gas-A. G. 145,0; Niederschlesische Elektrizitäts- und Kleinbahn A. G. 100; Rheingau-Elektrizitätswerke 87,0; Vitterfeld 69,9) und mit niedrigem Absatzsystem (Frankfurt a. O. 16,7; Coblenz 22,8; Braunschweig 24,8; Wrielen 25,7; Prottorbe 28,8; Neusalza i. Sa. 28,8) gibt. Die aufgeführten Privatwerke gehören sämtlich zum A. E. G.-Konzern. Man erkennt aus diesen unter sich außerordentlich verschiedenen Zahlen deutlich, daß von einer Gesetzmäßigkeit zwischen Stromabgab und Verwaltungsform keine Rede sein kann. Der reine Kommunalbetrieb ist bei richtiger Auswahl der leitenden Persönlichkeit und zweckmäßiger Organisation dem Privatbetrieb durchaus ebenbürtig.

Der Kampf zwischen Hayag und Lloyd geht weiter fort. Der Bremer Lloyd hat in die Interessensphäre der Hamburg-Amerika-Linie eingegriffen und errichtet eine Linie Bremen—Boston—New Orleans. Als Gegenmaßregel wird die Hamburg-Amerika-Linie ihren bisherigen Prachtdienst nach Baltimore zu einem Dienst für die Beförderung von Zwischendeckpassagieren erweitern.

Zur Konzentration im Bankgewerbe. Wiederrum geht ein Privatbankhaus in eine Aktienbank auf. Die Mitteldeutsche Kreditbank erwidert in Hannover die seit 1874 bestehende Firma Geimr. Rarjes und errichtet dort eine Filiale, deren Leitung die bisherigen beiden Teilhaber des Privatbankhauses übernehmen werden.

Letzte Nachrichten.

Der Mörder Koffan ergriffen.

Gestern abend ist es gelungen, den Mörder der Frau Edelt aus der Warschauer Straße zu ergreifen. Die Vermutung, daß er sich selbst das Leben genommen hat, war demnach eine irrige. Ueber die Ergreifung des Täters ging uns in später Nachtstunden folgender Bericht zu: Zwei Arbeiter, die von Stralau-Kummelsburg kamen, passierten auf ihrem Wege das Laubengelände an der Revaler Straße. Vor ihnen her ging ein Mann, der ein sehr scheues Wesen zur Schau trug und etwas zu verbergen schien. Als die Arbeiter dem Fremden ins Gesicht sahen, erkannten sie in ihm nach einem verächtlichen Wink den wegen Mordes verfolgten Koffan. Sie ließen sich auch dadurch nicht täuschen, daß K. die Wirtin siege, die er früher getragen hatte, sich hat verschneiden lassen, sondern griffen sofort zu und entwandten dem Verdächtigen zunächst ein unter einer Pelzdecke verborgenes gehaltenes Gewehr und eine Browningpistole. Schließlich gefand der Mann auch, der gefuchte Koffan zu sein. Er erzählte, daß er schon drei Tage in dieser Gegend umherirre und selbst die Absicht gehabt habe, sich freiwillig der Polizei zu stellen. Die beiden Arbeiter brachten den Ergreifenen darauf zu dem nächsten Schutzmannsposten, der ihn nach der 110. Polizeiwache schaffte. Von hier aus wurde er, nachdem man ihm noch 20 scharfe Patronen abgenommen hatte, nach dem Polizeipräsidium befördert.

Der Friedenskongress in Haag.

Haag, 21. August. (B. Z. V.) Die Teilnehmer des Friedenskongresses besuchten heute den Friedenspalast, wo die Wüste Hugo Brothius' enthüllt wurde. La Fontaine hob in einer glänzenden Rede hervor, daß der Palast das Ergebnis der pacifistischen Bemühungen sei. In der Sitzung des Kongresses protestierte der Franzose Desoyer gegen die Beschuldigung, die diplomatische Konferenz in London habe den Balkankrieg verlängert statt ihn aufzuhalten. Der Redner sollte Gresh die Anerkennung, daß er außerordentlich zum Frieden beigetragen habe. Der Kongress sandte ein Guldigungsgramm an Carnegie ab.

Die treue Gefährtin des Krieges — die Cholera.

Bukarest, 21. August. (B. Z. V.) Am die Einschleppung der Cholera durch die zurückkehrenden Truppen zu verhüten, werden umfassende Maßnahmen getroffen. Das Gros der Truppen befindet sich bereits in der Nähe der Donau, die sie bei Corabia, Jimnicia und Magurella überschreiten. Die Truppenkörper, in welchen Cholera festgestellt wurde, sollen eine fünfjährige Quarantäne an der Donau einhalten, bevor sie in die Friedensgarnisonen abrücken. Den amtlichen Bulletin zufolge hat die Zahl der Todesfälle in der Armee sechs Offiziere und 867 Mann betragen.

Aus der eigenen
Konditorei:
Napfkuchen
mit Schokoladenguss u. Füllung
55 Pf., 1.10
Königskuchen
50 Pf., 90 Pf., 1.35

A. Wertheim

Leipzigerstr. Königstr. Oranienstr. Rosenthalerstr.

Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit vorhanden. *Artikel werden nicht zugesandt

Ständiger Verkauf:
Aus der eigenen Bäckerei:
Brot
Hamburger Art, Schlüterbrot,
Korbbrot, rundes Land-
brot, Kuchenbrot Laib 45 Pf.
Auf Wunsch regelmäßige Zusendung.
Kaffee- u. Teegebäck
Dose ca. 95 Pf.
1 Pfund Inhalt
Trumpf feine Speise-
Schokolade Pfd. 1.50

***Fleisch**
Ochsenschmorfleisch 1.00
Brust u. Kamm Pfund 85 Pf.
Fehlrippe Pfund 90 Pf.
Filet im Ganzen, unaus-
geschält Pfund 1.10
Roastbeef 1.00, ohne
Knochen Pfund 1.50
Pökeltzunge . . . Pfund 1.25
Pökelbrust Pfund 1.00
Frisch. Schinken im Ganzen
Pfund 85 Pf.
Kotelettes Pfund 1.05
Kamm u. Schuft Pfund 95 Pf.
Rückenfett 65, Liesen 75 Pf.
Kass. Rippespeer 85 Pf. bis 1.00
Kalbsbrust 80, -spitze 90 Pf.
Kalbskamm u. Bug Pfund 75, 85 Pf.
Lammkeule im Ganzen
Pfund 90 Pf.
Hammelkeule im Ganz.
Pfund 80 Pf.
Hammelrücken . Pfund 70 Pf.
Dicke Rippe . . Pfund 75 Pf.
Hammeldünnung Pfund 65 Pf.
Hammelkotelettes Stück 10 Pf.

Konserven
Sardinen in Oel, . . Dose 38, 60 Pf.
Sardinen ohne Gräten, 1/4 Dose 90 Pf.
Sardinen Spezialmarke
1/4 Dose . 85, 1/2 Dose . . . 1.35
Gemischte Marmelade mit mehr als
25 % Stärke, gelblich, Eimer 1.25
ca. 5 Pfund 2.40
Eimer ca. 10 Pfund
Melange Konfitüre gefärbt,
Eimer ca. 5 Pfund 1.85
Pflaumenmus mit mehr als 25 %
Capillarsirup
Eimer ca. 1.40, ca. 10 Pfund 2.50

Wurstwaren
*Rotwurst . . . Pfund 55, 85 Pf.
*Jagdwurst Pfund 1.10
*Landleberwurst . . Pfund 1.00
*Feine Leberwurst . Pfund 1.15
*Pasteten-Leberwurst Pfund 1.15
*Teewurst Pfund 1.30
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.35
Westf. Zervelat- u. Salamiwurst 1.75
Mausschinken ca. 1/2-3 Pfund
schwer Pfund 1.40
Rollschinken ca. 6-10 Pfund
schwer Pfund 1.55
Schinkenspeck . . . Pfund 1.25
Landschinken im Ganzen
. Pfund 1.35, 1.45

***Butter u. Käse**
Kochbutter Pfd. 1.05, Tischbutter 1.10
Tafelbutter Pfd. 1.20, 1/2 Pfd. 60 Pf.
Schmalz Pfund 70 Pf.
Marmelade leicht gefärbt Pfd. 33 Pf.
Echter Emmentaler . Pfd. 1.05
Bayerisch. Schweizerkäse . Pfd. 88 Pf.
Holländer Käse . . . Pfund 75 Pf.
Limburger Pfd. 45, Romatour St. 28 Pf.
Faust- und Spitzkäse 3 Stück 25 Pf.
Kuh- und Landkäse 2 Stück 35 Pf.
Tilsiter vollfett 68, Brie-Käse 75 Pf.
Speise-Quark St. 10, Camembert St. 18 Pf.

***Fische**
Kabeljau ohne Kopf in
ganz. Fischen Pfund
Seelachs ohne Kopf in
ganz. Fischen } 10 Pf.
Schellfisch 2-4 Pfund
schwer
Rotzungen Pfd. 20, Scherben-
magaz. 16 Pf.
Grosse Schollen Pfund 28 Pf.
Lachs in ganzen Fischen
Pfund 55 Pf.
Steinbutten . . . Pfund 68 Pf.
Leb. Spiegelkarpfen Pfd. 1.00
Leb. Aale Pfd. 55 Pf. bis 1.05
Leb. Krebse Mdl. 30 Pf. bis 4.00

Moselwein
Inkl. Flasche 1/2 Fl. bei 10 Fl.
Obermoseler 65 Pf. 63 Pf.
Wormeldinger . . . 75 Pf. 73 Pf.
1911 Wintringer . . 85 Pf. 82 Pf.
1911 Oberbilliger 95 Pf. 92 Pf.
1909 Eitelsbacher 1.10 1.05
1911 Senheimer . . 1.25 1.20
1911 Bernkasteler 1.40 1.35
1911 CröverSteffensbg. 1.70 1.65

Rheinwein Rhein-Hessen-
Gau. -Pfalz
Inkl. Flasche 1/2 Fl. bei 10 Fl.
1912 Edenkobener 70 Pf. 65 Pf.
1912 Dürkheimer 75 Pf. 70 Pf.
1910 Mettenheimer 95 Pf. 92 Pf.
1907 Jugenheimer 1.15 1.10
1908 Binger Rosengart. 1.40 1.35
1911 Guntersblum. Götz 1.50 1.45
1905 Johannisberger 1.70 1.60
1908 Nierstein. Domtal 1.90 1.80

Südwein
Inkl. Flasche 1/2 Fl. bei 10 Fl.
Tarragona 82 Pf. 80 Pf.
Fein. alt. Tarragona 1.00 97 Pf.
Douro-Portwein . . 1.20 1.15
Alt. Douro-Portwein 1.85 1.80
Vermouth di Torino 1.05 1.00
Insel Samos. 85 Pf. 83 Pf.
Adria-Blume rot, süß
Dessortw. 1.10 1.05
Saroni roter, süßer
Palästina Wein . 1.10 1.05

Bordeaux-Wein
Inkl. Flasche 1/2 Fl. bei 10 Fl.
1909 Les Bessannes 90 Pf. 88 Pf.
1909 Crü du Marin 1.05 1.02
1909 Crü de la Rose 1.15 1.10
1907 Parempuyre 1.35 1.30

Roter Tischwein
Inkl. Flasche 1/2 Fl. bei 10 Fl.
1909 Saint Mathieu 65 Pf. 63 Pf.
1909 Sainte Barbera 75 Pf. 73 Pf.
1909 Almando . . . 80 Pf. 78 Pf.

Braunschweiger
Doppel-Schiffsmumme
konzentriertes Malzextrakt
1/2 Dose 1.15, 1/4 Dose 2.20

***Geflügel**
Gänse Pfund . 60, 68, 75 Pf.
Gänse-Rümpfe 2.65 bis 4.40
Junge Enten . . 1.65 bis 3.25
Junge Hühner . . 65 Pf. bis 1.40
Brat-Hühner . . 1.30 bis 2.20
Suppenhühner 1.50 bis 2.70
Masthühner . . 2.90 u. 3.10
Tauben 35 bis 70 Pf.



CIGARETTEN

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Ganjertraff.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-
Apothek, Barnimstr. 33. — So nicht zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

Hoffläufer
mit Brut vernichtet radikal Rademachers Goldgeist,
gen. gesch. Nr. 75108. Geruch- u. farblos. Reinigt die
Kopfhaut v. Schuppen, befördert d. Haarwuchs, ver-
hindert v. Parasiten. — Wichtig für Schulkinder.
Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 0.50 u. 1.00 M.
in Apotheken und Drogerien. Man weise Nach-
ahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen:
Goldgeist!

Spüle
mit
Henkel's
Bleich-Soda.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung. —
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
8-9, 12-2, 6-8, Sonnt. 8-1/2, 10.
Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz)
1/10-1/12, 4-1/2, Sonnt. 10-11.

Total-Ausverkauf
Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe. Nur kurze Zeit!
Verkauf zu fabelhaft billigen Preisen, da bis 1. Oktober alles geräumt sein muß.
ca. 920 Prima neue Jackett-Anzüge, vorzügliche Muster und Qualitäten,
ein- und zweifach, so: früher 30.- bis 45.- Mark, jetzt 18 Mark.
darunter:
Ein Posten neue Jackett-Anzüge, hervorragend gute Verarbeitung, engl.
früher 50.- bis 90.- M., jetzt 24.- u. 32.- M.
ca. 310 neue Herren-Paletots, Ulster, ein- und zweifach, hell u. dunkel,
für Sommer, Übergang u. Winter, so: früher 35.- bis 45.- Mark, jetzt 15 Mark.
ca. 200 Jackett- u. Rock-Anzüge u. Paletots, Maß-Anfertigung,
wenig getragen, gut erhalten, haltbare Stoffe, auf das beste hergerichtet, so:
früher 15.- bis 25.- M., jetzt 8.- u. 12 M., früher 30.- bis 40.- M., jetzt 16 u. 24 M.
ca. 100 Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge, nur kurze Zeit ver-
liehen gewesen
und wenig getragen, pa. Tackkammgarn, viele ganz auf Seide, so:
früherer Preis 80.- bis 100.- Mark, jetzt 32.-, 38.- bis 42.- Mark.
Ein Posten Konfirmations-Anzüge, gute, dauerhafte Stoffe, so:
früher 10.- bis 40.- M., jetzt zum Ausschauen 7.50 M.
ca. 120 Jünglings-Anzüge beste Qualitäten, schönste Muster, so:
früher 15.- bis 25.- Mark, jetzt 10.- Mark, früher 28.- bis 40.- Mark, jetzt 15.- Mark.
ca. 1060 Herren-Hosen in allen Längen und Weiten, so:
früher 3.- bis 4.- Mark, jetzt 2.- Mark, früher 5.- bis 8.- Mark, jetzt 3.25 Mark.
früher 10.- bis 15.- Mark, jetzt 5.- Mark
Einzelne Gehröcke, Fracks und Smokings, beste Schneider-
arbeit, wenig getragen, so: früher 12.- bis 30.- Mark, jetzt 4.- und 6.- Mark.
Klinger & Co., Rosenthaler Str. 11-12.
Sonnabends bis 9 Uhr abends, Sonntags von 8 bis 10 Uhr geöffnet.

Anträge an den Parteitag in Jena 1913.

Tagesordnung des Parteitags.

13., 16. sächsischer Wahlkreis, München I und II, Hamburg 2, Weimar, Breslau, Pforzheim: Der Parteitag möge beschließen, die staatliche Arbeitslosenfürsorge auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen.

Halle a. S., Bochum, Grefeld: Der Parteitag möge die Massenfreizügigkeit behandeln.

Vennepf-Kemisch-Nettmann: Auf die Tagesordnung des Deutschen Parteitags ist zu setzen: Der Landtagswahlkampf in Preußen, und welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, um ein Wahlrecht zu erringen, das dem Volkswillen und den demokratischen Grundgesetzen entspricht?

Köln a. Rh.: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die preussische Wahlrechtsfrage und der politische Massenstreik.“

Agitation.

Münster: Angesichts der immer drohender auftretenden Zeichen der beginnenden Wirtschaftskrise, die eine massenhafte Beschäftigungslosigkeit und unbegrenztes Massenelend zur Folge hat, das durch die der Sozialpolitik geschuldete allgemeine Teuerung noch verschlimmert wird; angesichts ferner der empörenden Untätigkeit der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gegen diese die Arbeiterschaft bedrohenden Gefahren möge der Parteitag beschließen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen eine nachhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten.

Gottbus-Spremberg: Da die bisherigen Kampfsmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg zeitigen, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege zu leiten.

Darmstadt: Es soll eine Studienkommission eingesetzt werden, die sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen hat. Die Ergebnisse sind dem nächsten Parteitag zu unterbreiten.

Winnberg i. Pr.: Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgaben heranzuziehen.

10. sächsischer Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, mehr Wanderlehrer in der Partei für Bildungs- und Unterrichtszwecke einzustellen.

Spanbau: In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Zuhilfenahme aller ihr zu Gebote stehenden Nachmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weiblichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weiblichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erzieherinnen ihrer Kinder im sozialistischen Sinne vorzubereiten.

Halle a. S.: Der Jenaer Parteitag von 1913 bestätigt die Parteitagbeschlüsse von 1906 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen.

Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreiks-Aktion zieleicher und erfolgreich zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzuführen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Cassel-Weisungen: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Cassel-Weisungen ist angesichts des völlig unbefriedigenden Ausfalls der letzten Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus mehr denn je der Meinung, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erreicht werden muß.

Als solche Mittel sind anzusehen: Stärkung unserer Organisationen durch Ausbau, sowie Bildung unserer Mitglieder, Aufklärung der Massen durch Verbreitung von Flugblättern bei besonders wichtigen preussischen Anlässen, Veranstaltung von Demonstrationen, Streikendemonstrationen, parlamentarischen Aktionen unserer Reichs- und Landtagsfraktionen, selbständig und in Verbindung mit den linksstehenden Parteien, härtere Beteiligung an den zukünftigen Landtagswahlen, gleichviel, unter welchen Bedingungen diese stattfinden, Bildung eines besonderen preussischen Wahlrechtsfonds.

Die Generalversammlung ist der Meinung, daß alle diese Mittel erneut und viel systematischer als bisher zur Anwendung gebracht werden müssen. Da jedoch damit gerechnet werden muß, daß selbst die volle Erschöpfung aller dieser Mittel nicht zur Erringung des gleichen Preussenvahlrechts führt, erscheint es der Generalversammlung zeitgemäß, über die Anwendung schärferer Kampfsmittel zu beraten.

Die Generalversammlung erwartet daher vom Parteitag, daß er beschließt: Der Parteivorstand und die preussische Landeskommission haben gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu erwägen, ob der von den Parteitag Jena 1906, Mannheim 1906 in die proletarischen Kampfsmittel aufgenommenen politische Massenstreik bei der Frage des preussischen Wahlrechtskampfes als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden kann.

Inzwischen ist es Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, mit verdoppelter Energie für den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Organisationen tätig zu sein, da die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks die denkbar beste politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats zur Voraussetzung hat.

Genau: Die Reichsgeneralversammlung begrüßt die Stimmen im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen.

Die Versammlung hält eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den deutschen Parteitag wie die Organisationen für dringend geboten.

Hannover: Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligem Schluß einer Reichstags-Sitzung die in dieser vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leichtverständlicher Agitationsbroschüren herauszugeben unter Berücksichtigung der Stellung unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Broschüre wird den Wahlkreisorganisationen zum Zwecke der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt.

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Gesetzesvorlagen und die Deckungsvorlagen behandelt.

Frankfurt a. M., Birges: Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. (bzw. die Reichsgeneralversammlung zu Birges) begrüßt die Stimmung im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und die Organisationen ist daher dringend geboten.

Parlamentarisches.

Magdeburg, Breslau: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg (Breslau) erkennt an, daß die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Besitzereuen nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm steht, sondern den Beschlüssen der internationalen Kongresse und den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht.

Kassel-Weisungen: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Kassel-Weisungen erklärt:

Der Kampf gegen den kulturfeindlichen Militarismus, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Beratung der unerhörten Rüstungsvorlagen in der schärfsten Weise geführt hat, darf nicht ruhen, sondern muß von allen Parteigenossen schärfer denn je geführt werden, denn die wahnwitzigen militärischen Rüstungen bedrohen immer mehr den Frieden der Völker, und der Militarismus enthält sich mehr denn je als Inzidentum der kapitalistischen Klassenherrschaft zur Niederhaltung der nach Freiheit und Kultur strebenden Arbeiterschaft.

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, immer weitere Schichten der Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es allein dem riesenhaften Wachstum der Sozialdemokratie zu danken ist, wenn die enormen Lasten der neuesten Rüstungsvorlage nicht wieder durch Steuern auf den Konsum der Massen gedeckt werden, sondern durch direkte Steuern, die im wesentlichen die Wohlhabenden und Reichen treffen.

Durch erhöhte Werbetätigkeit müssen alle Parteigenossen dazu beitragen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den nächsten Wahlen noch viel stärker in den Reichstag wiederkehrt.

Nur dann ist damit zu rechnen, daß der Ausbau der unter Mitarbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geschaffenen Besitzereuen zu dauernden durchgreifenden Reichseinkommen-, Reichsvermögen- und Reichserbschaftsteuern erfolgt, die sobald als möglich an Stelle der für die ärmeren Volksschichten in der standlosierten Weise belastenden indirekten Steuern treten müssen.

Die Generalversammlung erkennt an, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre Zustimmung zum Wehrbeitrag und zur Reichsvermögenssteuer, die die Besitzenden belasten, im Interesse des arbeitenden Volkes gehandelt und zur Stärkung des Vertrauens der Massen zur sozialdemokratischen Partei mit Erfolg beigetragen hat.

Öffentliche Landeskonferenz: Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzereuergesetzen.

13. sächsischer Wahlkreis: Die Versammlung billigt auf programmatischen Gründen die Abstimmung der Reichstagsfraktion für die Steuervorlagen, die zur Deckung der Militärvorlage dienen, nicht; sie erwartet daher vom Parteitag eine dem Parteiprogramm entsprechende klare und entschiedene Anweisung für die Stellung der Reichstagsfraktion bei künftigen Steuervorlagen.

Breslau: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, unverzüglich die Regierung zu veranlassen, Maßnahmen gegen die kapitalistischen Manipulationen zu ergreifen, die Heilmittel (wie neuerdings Refolhorium) für Volkskrankheiten erheblich verteuern.

Breslau: Die preussische Landtagsfraktion möchte darauf hinwirken, daß die Austritte aus der Landesliste kostenfrei sind.

Halle a. S.: Der Parteitag zu Jena bedauert die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem einmaligen Wehrbeitrag sowie zu dem Vermögenszuwachssteuergesetz als einen Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundsatz, als einen schweren politischen Mißgriff. Er erwartet unbedingt, daß die Anwendung einer besseren Taktik in Zukunft die Fraktion vor ähnlichen Entgleisungen bewahren wird.

Hamburg I: Die Parteigenossen des I. Hamburger Wahlkreises sehen in dem Fehlen unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über den von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstago eingebrachten Antrag betreffs Einführung des Proportionalwahlrechts eine schwere Schwächung des parlamentarischen Ansehens der Partei. Es bleibt den Parteigenossen unvermeidlich, daß auch bei der notwendig gewordenen zweiten Abstimmung die Genossen in der Fraktion abermals ihre Pflicht nicht erfüllen. Die Parteigenossen des I. Hamburger Wahlkreises verlangen vom Parteitag, daß derselbe die fehlenden Abgeordneten zur Rechenschaft zieht.

Hamburg II: In Anbetracht der Beschlusfähigkeit des Reichstags und der darauf erfolgten Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Proportionalwahl zum Reichstago verurteilt der Parteitag auf das entschiedenste die Nachlässigkeit derjenigen Abgeordneten, die aus nicht erklärlichen Gründen der Abstimmung ferngeblieben sind.

Gleichzeitig spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß in Zukunft bei allen prinzipiellen Abstimmungen im Reichstago die Fraktion möglichst in ihrer vollen Stärke vertreten sein muß, um dadurch den Interessen ihrer Mandatgeber mehr Rechnung zu tragen.

Schwarzburg-Sonderhausen: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstago und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, möglichst vollständig anwesend zu sein.

Schwarzburg-Rudolstadt: Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Schwarzburg-Rudolstadt: Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete haben während der Tagung des Reichstags, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollständig zur Stelle zu sein, damit nicht, wie geschehen, bei sehr wichtigen Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt.

Hamburg III: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstago einen Antrag auf Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk vor dem Reichstago und Verwerfungsvorrecht einzubringen. Gleichzeitig ist im ganzen Reich eine lebhaft und intensive Propaganda für diese Programmforderung einzuleiten.

Nürnberg-Altdorf: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, bei Beginn der nächsten Session erneut den Antrag auf Einführung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung zu stellen und mit allem Nachdruck für die Durchführung derselben einzutreten.

Essen: Der deutsche Parteitag möge beschließen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragt wird, einen Antrag auf Aufhebung der Zwangsimpfung im Reichstago einzubringen.

München I und II: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Laufe der nächsten Reichstagsession einen Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes einzubringen.

Es wolle beantragt werden, daß jede Erwerbstätigkeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ohne Unterschied, ob diese eigene oder fremde Kinder sind, verboten ist. Es soll untersagt bleiben, ob die Beschäftigung der Kinder im Gewerbe, in der Heimindustrie oder im Potendienst erfolgt.

Das verbesserte, eventuell das bestehende Gesetz wird auf die in der Land- und Forstwirtschaft, sowie die im Boien- und Gefändebienst beschäftigten Kinder ausgedehnt.

Colmar i. El.: Der Parteitag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der er den ersten Schritt zu einer syste-

matischen und direkten Verständigungsbewegung der europäischen Parlamente erblickt.

Der Parteitag erwartet, daß die äußerst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischer Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volke ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen der Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstago sich endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.

Organisation.

Hamm i. W.: Der Parteitag möge beschließen: Es ist unzulässig, daß in einer zusammenhängenden kleinen Stadt mit weniger als 600 Mitgliedern zwei Filialen bestehen. Wo in solchen Fällen zwei Filialen bestehen, sind diese zu verschmelzen. Ob eine Teilung einer Filiale erforderlich ist, entscheidet unter Einwirkung des Kreisvorstandes die Filialversammlung.

Heiden O.-S., Polen: Der diesjährige Parteitag in Jena wolle beschließen: Der vom Parteitag in Mannheim (1906) ausgegebene Einigungsvertrag mit der D. V. S. wird aufgehoben. Sonderorganisationen innerhalb der Partei sind unzulässig. In sogenannten gemischtpragmatischen Gegenden ist die Agitation nach dem Sprachbedürfnis einzurichten und diesem möglichst Rechnung zu tragen.

Eberfeld-Barmen: Änderungsantrag zum § 27, Abs. 2, des Statuts: An Stelle der Worte: „Amerläßt es der Angehörigste usw.“ zu setzen: „...unterläßt es eine Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so ernannt der Parteivorstand für diese Partei die Weisiger.“

Köln a. Rh.: An den § 27 des Organisationsstatuts ist hinter Absatz 4: „so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen“, anzufügen: „In diesem Falle muß das Schiedsgericht gegen alle Angehörigsten verhandeln, wenn einer der Angehörigsten Weisiger erneuert.“

Breslau: Der Parteitag möge den Beschluß des Nürnberger Parteitags (betreffend Sonderorganisation, Solalverein) aufheben. Kiel-Oh: Der Parteitag möge beschließen: Die Wahlen zum deutschen Parteitag werden in Urwahlen, die in bestimmten Stunden an einem Sonntage stattzufinden haben, vorgenommen.

Breslau-Land — Neumarkt: Der Parteivorstand übernimmt die Kosten des Wahlkreises, die für die Beschickung des deutschen Parteitags durch einen Delegierten entstehen. Zur Beschickung sind nur diejenigen Wahlkreise berechtigt, die mehr als 100 Mitglieder haben.

Presse und Literatur.

Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge durch Annahme einer Resolution dahin wirken, daß in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern die Fremdwörter auf das Mindestmaß beschränkt werden.

Lübeck: Der Parteivorstand wird ersucht, dem neu herausgegebenen Familienblatte eine Rodendbeilage anzuschließen.

13. sächsischer Wahlkreis: Um den Jugendausschüssen, Jugendbeiräten und Jugendbeiräten eine ständige Belehrung über ihre Aufgaben zuteil werden zu lassen und um Erfahrungen zu sammeln und einen Meinungsaustausch zu schaffen, ist es nötig, eine besondere Zeitung zu gründen. Die Zentralkasse für die arbeitende Jugend wird mit der baldigen Lösung dieser Aufgabe betraut.

12. sächsischer Wahlkreis: Um den in der proletarischen Jugendbewegung tätigen Parteigenossen und Genossinnen ihre bildende und erzieherische Tätigkeit zu erleichtern, ist ein pädagogisches Zentralblatt für Jugendbeiräte und Jugendbeiräte zu schaffen.

Kiel-Weft: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Frage des dringenden notwendigen Ausbotes der „Neuen Zeit“ einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Magdeburg: Der Parteitag möge darauf hinwirken, daß sogenannte Schwindelinserate in den Inseratenteil des „Wahren Jakob“ nicht mehr aufgenommen werden.

Wülheim-Wipperfurth-Nummertag: Der Parteitag möge beschließen, daß, wie früher die Kinderbeilage der „Gleichheit“ eingebunden und zu einem mäßigen Preise in den Handel gebracht werde.

Maifeier.

Hamburg III: 1. Der Parteitag wolle beschließen: Alle Genossen und Genossinnen, die am 1. Mai ohne Lohnausfall feiern, haben den Tagelohn abzuführen.

2. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Antrag 90 vom Nürnberger Parteitag in seiner alten Fassung wieder aufgenommen wird: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftsliste einen Tagesverdienst abzugeben.

14. hannoverscher Wahlkreis: Alle Parteigenossen, die den 1. Mai ohne Lohnverlust feiern, sind verpflichtet einen Beitrag in der Höhe des Lohnes oder Gehalts für den Tag an den Maifeierfonds abzuführen, im Weigerungsfalle ist ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

4. sächsischer Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen: Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die am 1. Mai feiern, ohne einen Lohnausfall zu erleiden, sind verpflichtet, einen Tagesverdienst für die Maiausgesperrten abzuliefern.

Breslau-Land-Neumarkt: Alle in der Partei, der Arbeiterpresse, den zentralen Gewerkschaften, den Arbeiterorganisationen und -Genossenschaften und in den von Arbeitern gebildeten Sportverbänden angefallenen Mitglieder unserer Partei sind verpflichtet, den dreihundertsten Teil ihres Jahresverdienstes an den zuständigen Fonds ihres Bezirks abzuliefern. Dieser Fonds darf nur für Wohlfühlungsunterstützung für die wegen Maifeier entlassenen Mitglieder verwendet werden.

Schwarzburg-Sonderhausen: Die Angestellten der Parteiorganisation und die Gewerkschaftsangehörigen, soweit dieselben Parteigenossen sind, sind verpflichtet, den Tagesverdienst vom 1. Mai abzuliefern.

Genau: Angesichts der Opfer, die die Arbeiter um die Maifeier bringen, beschließt der Parteitag:

Alle Parteigenossen und Genossinnen, die in Vertrauensstellen der einzelnen Zweige der modernen Arbeiterbewegung angestellt sind, haben ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abzuliefern.

Ferner wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß alle übrigen Parteimitglieder, die in Betrieben der modernen Arbeiterbewegung beschäftigt sind und am 1. Mai unter Fortzahlung ihres Lohnes feiern, ebenfalls den Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abführen.

Eberfeld-Barmen: Alle Parteigenossen, denen es möglich ist, am 1. Mai durch Arbeitstube zu feiern und keinen Lohnausfall erleiden, haben den Tagesverdienst an den Maifeierfonds abzuliefern.

Hamburg II: Alle in der sozialdemokratischen Partei organisierten Personen, welche in dieser, in den freien Gewerkschaften, in Konsum- oder Produktivgenossenschaften und sonstigen freien Betrieben gegen Lohn oder Gehalt in Stellung sind, haben zum Maifeierfonds einen Tageslohn bzw. einen diesem gleichkommenden Betrag abzuführen. Den vorbezichneten Genossen gleich geachtet sind diejenigen Genossen, die ständig oder vorwiegend für genannte Institute gegen Gehalt oder Entschädigung tätig sind, ohne bei diesen in fester Stellung zu stehen.

*) Nach der Aenderung des Organisationsstatuts durch den Chemnitzer Parteitag werden nur noch „Anträge von Parteiorganisationen“ veröffentlicht. Der Parteivorstand.

Schleswig-Holstein: Der Parteitag möge beschließen: Als Konsequenz der Arbeitsruhe am 1. Mai betrachte es der Parteitag als die Pflicht aller Parteigenossen und -Genossinnen, die den 1. Mai ohne Lohnruhe feiern, ihren Tagesverdienst an den zuständigen Bezirksfonds abzuführen. Die Abführung des Tageslohns kann solchen Parteigenossen, die sich in nachweislich bedrängter Lage befinden, auf Antrag erlassen werden.

Magdeburg: Der Parteitag möge beschließen, daß künftig am 1. Mai für Rezerate Entschädigung nicht mehr gezahlt wird. Zahlung ist zurückzuführen.

Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der Parteitag möge dafür eintreten, daß auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongress die Kaiserzeit einheitlich auf den ersten Sonntag im Mai verlegt werde.

Sonstige Anträge.

Damm 1. B.: Der Parteitag soll zum neuen Tarifvertrag Stellung nehmen, weil durch denselben die Krankenkassen und die Arbeiterschaft stark belastet werden. Es soll in Zukunft mehr wie bisher darauf hingearbeitet werden, daß die Ärzte und die Medizinalbeamten, welche immer teurer werden, von Reich, Staat und Kommune bezahlt werden.

Ortsgruppe Nieder- und Ober-Osternsdorf (16. sächsischer Wahlkreis): Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Geschäftsführern der Parteidruckerien einzutreten, sowie mit dem Personal andererorts die Gründung eines Hilfsfonds in alle Wege zu leiten, um für die in Parteidruckerien beschäftigten technischen sowie Hilfspersonen eine Invaliden- und Arbeiterpensionsberechtigung sowie für deren Witwen und Waisen eine Hinterbliebenenunterstützung einzuführen.

Weimar: Der Parteitag betont aufs neue die Wichtigkeit, der Organisierung und geistigen, sittlichen und körperlichen Ausbildung der proletarischen Jugend alle nur denkbare Förderung angedeihen zu lassen.

Parteitag 1914.

Hamburg I: Der Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Hamburg abzuhalten.

Halle a. S.: Der Parteitag möge beschließen, daß im Jahre 1914 der Parteitag in Halle stattfindet.

Hamburg: Der Parteitag möge im Jahre 1914 das Thema „Staat und Kirche“ auf die Tagesordnung setzen.

3. Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, daß der deutsche Parteitag nicht alljährlich, sondern nur alle zwei Jahre stattfinden soll.

Der Katholikentag in Metz.

Rech. 21. August.

Am heutigen Tage wurde zunächst in der fünften geschlossenen Versammlung der Rest der noch vorliegenden Anträge aufgearbeitet. Generalsekretär Behdmann-Strasbourg i. E. begründete einen Antrag über die Obdachlosen- und Wanderfürsorge. Er empfahl, sich die Heilsarmee zum Vorbild zu nehmen. Man dürfe nicht warten, bis die Leute selbst kommen, sondern man müsse sie auffuchen, man müsse hinabsteigen in die Katakomben und in die unterirdischen Katakomben. Der Antrag wurde darauf angenommen. Der nächste Antrag behandelte die

Fortbildungsschule.

Darin fordert die Katholikenversammlung in Uebereinstimmung mit dem Episkopat, daß an allen Fortbildungsschulen ein dem Alter und der Lage der Schüler entsprechender Religionsunterricht als obligatorischer Unterrichtsgegenstand erteilt werde.

Der Antrag wurde vom Reichs- und Landtagsabgeordneten Oberlandesgerichtsrat Dr. Metz-Düsseldorf begründet und einstimmig angenommen. Ebenso ein weiterer Antrag, betreffend

Einrichtung von gehobenen Volksschulen.

Darin erklärt die 60. Generalversammlung, daß es nicht nur für die Volksschule, sondern auch für die gehobene Volksschule von der größten Bedeutung ist, daß der gesamte Unterricht vom konfessionellen Geiste durchweht sei und die Erziehungstätigkeit in diesen Schulen mit der Erziehungstätigkeit der Kirche in enger Verbindung stehe. Wo daher ein Bedürfnis zur Errichtung solcher Schulen vorliegt, sei ihre konfessionelle Einrichtung mit allen Mitteln, auch unter finanziellen Opfern, zu erstreben. Erwiese sich dies wegen der geringen Zahl von Schülern oder aus anderen Gründen für undurchführbar, so müsse volle Parität den Katholiken gegenüber gefordert und dafür gesorgt werden, daß die freie Tätigkeit der Kirche zur vollen Geltung komme.

Zur Frage der

Kinematographentheater

wurde eine Resolution angenommen, in der die 60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erneut mit allem Nachdruck auf die außerordentliche Bedeutung des Kinowesens als modernes Volksbildungs- und Unterhaltungsmittel, speziell für die Schule und Jugendpflege, hinweist, aber bedauert, daß der staunenswerte technische Fortschritt, den die Erfindung des Kinematographen darstellt, noch nicht in gleichem Maße zu einem Kulturfortschritt ausgenutzt sei. In dem Kampfe gegen die noch bestehenden volksbildungsfeindlichen, zahlreichen ethischen und ästhetischen Auswüchse der Kinetheater, vor allem für die positive Verwirklichung der zahlreichen Verwendungsmöglichkeiten des Kinematographen für unsere Volkskultur, erweise ihr deshalb ein weit erregtes Interesse von Reich, Staat, Gemeinde, Volksbildungsvereinigungen und der Privatinitiative unbedingt notwendig. Die Generalversammlung empfiehlt: 1. die reichsgesetzliche Einführung der Kongresspflicht für die Kinetheater; 2. die reichsgesetzliche Regelung der Film- und Plakatsensur; 3. die Regelung des Besuchs der Kinder beziehungsweise Jugendlichen der Kinetheater dahin, daß Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren der Besuch öffentlicher Vorstellungen auch in Begleitung der Eltern ganz verboten wird, ausgenommen die besonders als „Kinder- und Jugendvorstellungen“ bezeichneten Vorstellungen; hier dürfen nur solche Nummern vorgeführt werden, die vorher von der Lehrerschaft und der Öffentlichkeit gebilligt sind; 4. Vorschriften über die bau-, feuer- und sicherheitspolizeilichen Anforderungen an die Theateräumlichkeiten.

Vierte öffentliche Versammlung in der Festhalle.

Vizepräsident Landtagsabgeordneter Hoen verlas zu Beginn ein Danktelegramm des Fürstbischofs Kardinal Kopp, der namens der Bischofskonferenz in Fulda dem Katholikentag den Dank abstattet für die dargebrachte Guldigung.

Dann sprach Reichstagsabgeordneter, Benefiziat, Redakteur und Zeitungsverleger Liborius Gerkenberger-Würzburg über:

Der Katholik und die Presse.

Es heißt, so führte er aus, Soldaten nach Metz bringen, wollte ich auf einem Katholikentag wieder einmal ausführlich über die Bedeutung der Presse sprechen. Wer heute noch die Presse für eine Erfindung des Volkes hält, die man aus den katholischen Familien am besten fernhalte, der möge sich nur gleich für die bevorstehenden „Parität“-Spiele als Träger der Titulatur engagieren lassen. Aber in die harte Wirklichkeit paßt solch „reiner Chor“ nicht mehr hinein. Nicht in eine Zeit, wo die höchsten Probleme des Geistes in der Presse angefochten werden, wo es keine Frage mehr gibt, die sie nicht in populärer Form bei dem einfachsten Mann im fernsten Gebirgsdörflein einzuschmuggeln sucht, kein Verderbnis in irgendeinem modernen Sodom, das nicht als pikante Neugier aufgetischt würde, verdrängt mit dem Schein sittlicher Entrüstung oder flugfertig unter den üppigen Ranken des Feuilletons wird es auch dem unerdordensten Naturkinde in breiter Schilderung mitgeteilt und vertraut

gemacht. Als „Universallieferant geistiger Nahrung für ganze große Volkschichten“ bezeichnet der Leipziger Nationalökonom Karl Bücher die Zeitungen. Er denkt hier an die politische Willensbeeinflussung durch die Presse. Und als Katholik liegt näher, daß er in den schweren Worten ausspricht, das laum etwas so festische, wie die Tatsache, daß die Presse, je länger je mehr das gesamte geistige Leben der Völker bestimme. Wenn auch auf die katholische Kirche das Wort Carles nicht zutrifft: „Die wahre Kirche von England besteht zurzeit aus den Herausgebern der Zeitungen, die täglich dem Volke predigen“, so läßt sich doch nicht in Abrede stellen, daß auch innerhalb der katholischen Kirche die religiöse Anschauung, das Glaubens- und Sittenleben ganzer Gemeinden, ja selbst mancher Staaten, durch die Presse schon bestimmt worden ist. Wo einmal in einer Familie ein kirchenfeindliches Blatt sich eingenistet hat, da wird der Pfarrer vergeblich predigen. Er kann es ohnedies nur einmal in der Woche und nur zu einer bestimmten nicht jedem passenden Stunde. Das Blatt aber tut es sechs- und siebenmal und noch öfter und zu jeder Zeit des Tages, selbst bei Tisch und in der Ruhe. Wer aber nichts Katholisches mehr hört und nichts mehr liest, dem klingen bald überhaupt nicht mehr die Glocken aus Ohr. Den Wehrauchdunst verdrängt das Parfum, welches das Leibblatt in der Familie verbreitet. Und in dieser kirchlich gleichgültigen oder gar kirchlichfeindlichen Atmosphäre wachsen die Kinder heran, und leider lesen diese öfter die Zeitung, als die Eltern vermuten, und lesen mehr heraus, als ihnen lieb ist. (Lebhaftes Zustimmung.)

„Aber welches ist denn die katholische Presse, die in keiner katholischen Familie fehlen soll?“ fragen höhnend die Gegner unter Hinweis auf die bedauerlichen Streitigkeiten einzelner katholischer Presseorgane untereinander. Nun, unsere katholischen Zeitungen sind jedenfalls einig in allem, was Glaubens- und Sittenlehren angeht, und sie sind einig in ihrer Anhänglichkeit an den gemeinsamen Einigungspunkt, den Gelsen Petri. (Stürmischer Beifall.) Mögen also die Gegner sich nicht die Köpfe zerbrechen: Unser katholisches Volk weiß, was unter katholischer Presse verstanden wird. (Lebhaftes Zustimmung.) Aber selbst wenn es bei der Auswahl unter den einzelnen Organen einen Zweifel hätte, das eine weiß es ganz sicher, nämlich was die schlechte Presse ist, die in kein katholisches Haus gehört. (Sehr richtig!) Am gefährlichsten sind da jene Zeitungen, die sich vorsätzlich verschleiern oder unter dem Auswüchse der „Parität“ das unschuldigste Gesicht der Welt machen. Abgesehen davon, daß solche „neutrale“ Organe, Generalanzeiger und sogenannter Amtsblätter, am meisten unserer Presse Lust, Licht und Nahrung entziehen. Es gibt in Wirklichkeit keine farblosen Blätter, denn es ist nicht möglich, zu gleicher Zeit Gott zu dienen und dem Rammon; es ist unmöglich, in gleicher Weise Juden und Christen, Sozialisten und Konfessionen zu gefallen, wenn man nicht die höchsten Fragen in Kirche und Staat überhaupt totschweigen will. Man kämpft nicht gegen Raschengeheuer mit der Feuerspritze und man kann nicht mit Generalanzeigen die scharfen Geschosse der Kirchenfeinde abwehren. Den allgemeinen Angriff der Gegner können wir nur abschlagen, wenn wir ebenso gute und moderne „Raschengeheuer des Gedankens“ aufstellen und dafür sorgen, daß alle katholischen Familien dahintersehen. Da aber fehlt es noch sehr. Kirchenfeindliche und religiös gleichgültige Blätter verhalten sich zu den katholischen Blättern wie 10:1. Von all den guten Werken, die auf den Katholikentagen empfohlen werden, dünkt mir daher keines besser, als die Unterstüßung der katholischen Presse. Von all den wichtigen Aufgaben, deren Durchführung uns hier nahegelegt wird, scheint mir keine vordringlicher, als die Förderung der katholischen Presse. Mit ihr und durch sie werden auch alle anderen Aufgaben und guten Werke gefördert. Denn erst die Presse macht sie zur allgemeinen Kenntnis des katholischen Volkes; sie empfiehlt, verteidigt und sichert sie für die Zukunft, sie gewinnt und macht die öffentliche Stimmung. Darum höchstes Ziel: „In jede katholische Familie eine katholische Zeitung!“ (Stürmischer Beifall.)

Soziales.

Handlungsgehilfen und Fortbildungsschulpflicht.

Dorn und Goldschmidt, die einen Handel mit landwirtschaftlichen und gewerblichen Maschinen in Schlächtern betreiben, sollten sich gegen die Gewerbeordnung und gegen das Ortsstatut der Stadt Schlächtern über die Fortbildungsschule vom 29. Dezember 1891 beklagen haben, weil sie ihren 17-jährigen Handlungsgehilfen W. nicht in die Fortbildungsschule zu Schlächtern schickten. W. war häufig in der Umgebung Schlächtern unterwegs, um für die Firma landwirtschaftliche Maschinen zu verkaufen. Die Angeklagten hielten aber ihren jungen Gehilfen überhaupt nicht für verpflichtet, die Fortbildungsschule zu besuchen, weil er Handlungsgehilfe sei. Insbesondere beziefen sie sich auch darauf, daß das Schlächterner Ortsstatut nur von Lehrlingen und gewerblichen Arbeitern und Gehilfen spricht, ebenso wie der Titel 7 der Gewerbeordnung und § 120.

Die Strafkammer in Hanau als Berufungsinstanz sprach denn auch die Angeklagten frei, indem sie ausführte: Das Ortsstatut der Stadt Schlächtern, das vom Bezirksauschuß in Gießen genehmigt sei, erkläre für fortbildungspflichtig „alle sich regelmäßig in Schlächtern aufhaltenden Lehrlinge, gewerbliche Arbeiter und Gehilfen unter 18 Jahren. Es sei ja nun anzunehmen, daß W. trotz seiner Geschäftstheorie in die Umgebung sich infolge seiner geschäftlichen Beziehungen zu der Firma doch so in Schlächtern aufhalten habe, daß er zu den „regelmäßig sich in Schlächtern aufhaltenden Personen“ gehöre. Die Angeklagten könnten gleichwohl nicht bestraft werden, denn als Handlungsgehilfe sei W. kein gewerblicher Arbeiter oder Gehilfe. Somit sei er nicht fortbildungsschulpflichtig in Schlächtern gewesen und die Chefs hätten keine Verpflichtung gehabt, ihn in die Schule zu schicken.

Das Kammergericht — Ferienstrassenrat — hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft dies Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. — Gründe: Fortbildungsschulpflichtig im Sinne des § 120 der Gewerbeordnung seien auch Handlungsgehilfen. Das werde besonders durch § 105b und § 139i der Gewerbeordnung zum Ausdruck gebracht. Deswegen sei der Entscheidungsgrund des Landgerichts, der zur Freisprechung führte, hinfällig. Das Landgericht müsse darum nochmal in der Sache verhandeln und namentlich feststellen, ob beide angeklagten Firmeninhaber sich gegen das Ortsstatut oder gegen die Vorschriften des § 139i, Absatz 2 der Gewerbeordnung, vergangen hätten, wonach der Geschäftsinhaber die Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen habe.

Vom guten Ton vor dem Gewerbegericht. Unrecht gehandelt hat gestern der Vorsitzende der Kammer 7 des Gewerbegerichts, Mag. Assessor Dr. Berthold, als er eine Klägerin hart anfuhr, weil sie einen früheren Termin versäumt hatte. Ungläublicherweise fehlte nun diesmal der Beklagte, so daß, wenn er gegen das erlassene Versäumnisurteil Einspruch einlegt, nochmals ein Termin in dieser Sache angeht werden muß. Daß das einem Gewerbegerichtsvorsitzenden nicht lieb ist, verstehen wir, wenn aber die Klägerin sagt, sie habe die Zeit verschlafen, weil sie vorher von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr früh hätte tätig sein müssen, dann liegt doch wirklich keine Ursache vor, einen um 110 Uhr versäumten Termin derart hart zu verurteilen. Die oft müssen Kläger wegen Versäumnis der Beklagten wiederholt vor dem Gericht erscheinen und werden doch durch jeden verlorenen Vormittag weit härter getroffen, wie die Arbeitgeber.

3. von Max! Ordnungstrafe wurden einem Kläger aufgebremmt, weil er sich dadurch ungebührlich vor dem Gewerbegericht benahm, daß er dem Beklagten, als dieser einen Vergleichs-

vorschlag ablehnte, höhnisch zurief: „Ich verzichte auf die dreißig Mark. Sie sollen aber den Eid schwören. Sie können übrigens noch etwas von mir bekommen“ und dabei das Portemonnaie aus der Tasche zog. Ueber diese Wirkung seiner Worte war er freilich nicht wenig erheitert.

Die Anstaltspflicht der Arbeitgeber nach dem Einflammenfeuergesetz. In unserm gestrigen Bericht ist durch einen Druckfehler aus dem Ferien-Strassenrat des Kammergerichts ein solcher des Landgerichts geworden. Es mußte Kammergericht heißen.

Gerichts-Zeitung.

Diebstähle auf den Friedhöfen

lagen mehreren Anklagesachen zugrunde, die gestern vor den Moabitern Strafrichtern zur Verhandlung kamen. Unter der Anklage der Grabhändlung bzw. Beschädigung im Sinne des § 168 St.G.B. hatte sich der 71-jährige pensionierte Schuhmann Felix Senstleben vor der Ferienstrassenkammer des Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte, welcher Eigentümer eines Grundstücks in der Zehnmarkstraße ist und in guten Vermögensverhältnissen lebt, hat seit Jahren eine an Leidenschaft grenzende Vorliebe für Hyacinthen. Er hat sich deshalb auf seinem Grundstück eine Art Treibhaus angelegt, indem er Hunderte von Hyacinthen in allen möglichen Variationen züchtet. Wie weit der Angeklagte in seiner Leidenschaft für diese duftenden Kinder Floras ging, zeigte ein Vorfall, der die Erhebung der jetzigen Anklage zur Folge hatte. Der Friedhofverwalter Gendries, welchem der Friedhof der zwölf Apostel-Gemeinde in der Kolonnenstraße in Schöneberg untersteht, hatte seit ziemlich einem Jahre wahrgenommen, daß die von den Angeklagten der Verborenen auf die Gräber gepflanzten Hyacinthen samt den Knollen fortgesetzt spurlos verschwanden. Er legte sich an die Kauer und kam schließlich zu der Feststellung, daß die Hyacinthen immer dann verschwunden waren, wenn ein alter weiblicher, aber militärisch-stramm gehender Herr, der stets Reitstiefel und Sporen trug und sich von den Friedhofarbeitern „Rittmeister“ titulieren ließ, den Friedhof besuchte. Am 9. April d. J. gelang es endlich, den angeblichen Rittmeister als den Hyacinthen-dieb in flagranti abzufassen. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der „Herr Rittmeister“ als der jetzige Angeklagte, in dessen Taschen sechs frisch aus der Erde gerissene Hyacinthenknollen vorgefunden wurden. Vor Gericht entschuldigte der bisher völlig unbescholtene Angeklagte sein sonderbares Tun damit, daß er nur abgeblühte Pflanzen genommen habe, die als wertlos gewöhnlich auf den Düngahaufen gemorren würden. Demgegenüber wurde jedoch festgestellt, daß auch vollblühende und eben erst eingestekete Pflanzen gestohlen worden waren. Das Gericht ließ mit Rücksicht auf das hohe Alter und die straflose Vergangenheit des Angeklagten Milde walten und erkannte nur auf 3 Tage Gefängnis.

Ein anderer Friedhofsdieb, der aus Rot gehandelt hatte, mußte sich in der Person des Arbeiters Albert Seminski vor der 1. Ferienstrassenkammer des Landgerichts III verantworten. Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte hatte auf dem Gemeindefriedhof in Heilensee Bronzeketten und Verzierungen gestohlen und war gerade im Begriff, diese in einem Sack verpackt nach Berlin zu transportieren, als er in der Gustav-Adolfstraße angehalten wurde. Er warf den Sack weg und ergriff die Flucht. Es kam nun zu einer recht ausgedehnten Diefesjagd, die sich bis nach Berlin hinein fortsetzte. Auf der Flucht bedrohte der Dieb einen Chauffeur, der sich ihm entgegenstellte, hatte, mit einem offenen Messer. Schließlich wurde S. nach einer wilden Hehrajagd gestellt und überwältigt. Der Staatsanwalt beantragte 1½ Jahre Zuchthaus. Das Gericht billigte dem Angeklagten, da er in Rot gehandelt hatte, mildernde Umstände zu und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis.

1½ Jahre Gefängnis für einen Schulfänger!

Eine recht dumme Tat muß der 12-jährige Schüler Wilhelm Trespe aus Ohmsdorf, Kreis Schweidnitz, schwer büßen. Im Juni dieses Jahres legte er in Gemeinschaft mit dem achtjährigen Hermann Schaar in der Nähe seines Heimatortes einige kleine Metallstücke auf die Schienen der dort vorbeifahrenden Weistritzal-Bahn. Ueber ein solches Hindernis fuhr der dicht besetzte Personenzug, ohne Schaden zu nehmen; vor dem zweiten wurde rechtzeitig zum Halten gebracht. Materialschaden ist nicht der geringste entstanden und Menschenleben sind ebenfalls in keiner Weise gefährdet, noch ist jemand überhaupt verletzt worden. Der Staatsanwalt erhob Anklage wegen eines „geplanten Attentats auf einen Eisenbahnzug“. Da der 12-jährige Trespe das strafmündige Alter erreicht hatte, muß dieser seinen Dummheitsstreich, und um einen solchen handelt es sich hier nur, mit einjähriger Gefängnisstrafe bestrafen lassen. Die Schweidnitzer Strafkammer sah die Tatbestandsmerkmale für ein geplantes Eisenbahnattentat für erwiesen und so schwer an, daß sie die Strafe für den Jungen noch um ein ganzes halbes Jahr höher in Ansehung brachte, als es der öffentliche Ankläger gefordert hatte.

Das ist gewiß eine sehr harte Strafe für eine in jugendlichem Leichtsinne begangene Tat, deren eventuelle Folgen dem Beurteilten gar nicht klar gewesen sein können.

1100 M. Schadenersatz an einen Arbeitswilligen.

Das Landgericht Erfurt hat in einer Schadenersatzklage des Arbeitswilligen Otto Klaus aus Erfurt gegen drei Mitglieder des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes die Beklagten verurteilt, an den Kläger 1100 M. Schadenersatz zu zahlen, weil sie es verschuldet haben sollen, daß Klaus im Jahre 1911 aus der Malzfabrik der Firma Eisenberg entlassen worden sei und in seinem Berufe bisher keine Arbeit erhalten habe.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im Januar 1911 hatten die Arbeiter in der Malzfabrik der Firma Eisenberg in Erfurt infolge von Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Unter den für die Firma tätigen Arbeitswilligen befand sich auch der Brauer Otto Klaus. Nach Wiederaufnahme der Arbeit entstanden zwischen diesem Arbeitswilligen und den organisierten Arbeitern Reibereien, die, wie einige Zeugen bezeugten, besonders durch das provokatorische Verhalten des Arbeitswilligen verschärft wurden, denn nach den Aussagen eines Zeugen hat Klaus einmal einen organisierten Arbeiter mit einer Bierflasche in die Kniekehle geschlagen, daß er zusammenkniete. Einen anderen Arbeiter hat Klaus „Kaufschunge und schwindelhafter Hund“ geschimpft. Ferner hat er seinem Hah gegen seine organisierten Kollegen mit den Worten „Die roten müssen hinaus!“ Luft gemacht.

Da das Landgericht Erfurt schon durch eine Vorentscheidung im Jahre 1912 den Schadenersatzanspruch des Arbeitswilligen im Prinzip als berechtigt anerkannt hatte, so legten die Beklagten Berufung ein, die aber vom Oberlandesgericht in Raumburg verworfen wurde. Die Berufungsinstanz wies den Fall zwecks Festsetzung der Schadenersatzsumme an das Landgericht zurück und betonte in der Urteilsbegründung, daß das Schließen mit der Bierflasche als harmlos bezeichnet werden müsse, wogegen der Umstand, daß der so herausfordernd auftretende Klaus eines Tages einen Knüttel fand, woran ein Zettel befestigt war, der die Aufschrift trug: „Mit diesem Knüttel wirst du hinaus gehauen“, als ein wichtiger Beweis für den angeblichen Terrorismus der Beklagten angesehen wurde. Letztere sollen die Entlassung des Klaus infolgedessen verschuldet haben, daß die Fabrikhaber nach ihren eigenen Zeugnisaussagen befürchtet haben, es könne zur erneuten Arbeitsentstellung kommen, weil ihnen von dem Malzmeister und einem Obermalzer die Mitteilung gemacht wurde, daß die Arbeiter große Abneigung bekundet hätten, mit Klaus zusammen zu arbeiten. Auch war im Laufe einer Unterhandlung, die zwei besagte Ortsverwaltungen, Mitglieder des Verbandes mit den Fabrikanten hatten, die Rede auf Klaus gekommen und dabei soll die Bemerkung gefallen sein, wie es mit der Entlassung des Klaus stünde.

Gewerkschaftliches.

Die Holzarbeiter und der Konflikt auf den Werften.

Die Schließung der Arbeitsnachweise durch die Organisation der Werftbesitzer hat bekanntlich eine neue Spannung der Situation in den Werftorten hervorgerufen. Nach Angabe der Unternehmer soll es das Fernbleiben der Arbeiter vom Nachweis sein, was die neue Kampfmaßnahme der Werftgewaltigen veranlaßt hat.

In Wirklichkeit liegt der Sachverhalt so, daß der Holzarbeiterverband in der ganzen Angelegenheit den gleichen Standpunkt einnimmt, wie die übrigen Organisationen. Und auch die Holzarbeiter selbst fühlen sich in gleicher Weise mit den übrigen Werftarbeitern solidarisch. In den Orten Vegesack, Kiel, Flensburg und Stettin haben bereits die Holzarbeiter ebenso wie die übrigen Werftarbeiter ihre Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den bekannten Bedingungen beschlossen.

Schließlich hat an einzelnen Orten durch das Dazwischenreten der Polizei eine derartige Erbitterung in den Reihen der Arbeiter Platz gegriffen, daß die Unternehmer, die für diese Zustände verantwortlich sind, zum mindesten keine Ursache haben, einzelne Arbeiterkategorien hierfür verantwortlich zu machen.

Die Holzarbeiter müssen die Verantwortung für die Zustände, die sich in den letzten Tagen an den einzelnen Orten herausgebildet haben, ganz entschieden ablehnen. Sie sind sich der Pflicht gegenüber der Gesamtheit der Arbeiter wohl bewußt und werden zweifellos ihre Beschlüsse auch so einrichten, wie es die allgemeine Solidarität der Arbeiterklasse von ihnen erfordert.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Arbeiter auf Patentsteinwände.

Die im Deutschen Bauarbeiterverbande organisierten Patentsteinmänner und Hilfsarbeiter haben eine Lohnbewegung eingeleitet. Die Antwort auf die Forderungen der Arbeiter lautet dahin, daß die Arbeitgeber einen Sondertarif für diese Arbeitergruppe nicht anzuerkennen vermögen, hingegen den allgemeinen Tarif für das Baugewerbe gerne anerkennen wollten.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung wurde das Angebot abgelehnt und beschlossen, daß der Vorstand und aus jedem Geschäft je ein Arbeiter noch einmal mit den Unternehmern verhandeln sollen.

Achtung, Töpfer! Zu dem Streik der Töpfer in Chemnitz ist zu berichten, daß sich leider aus Berlin einige Streikbrecher gefunden haben, die in Chemnitz Maudreißer für die Meister

machen. Der Verein der „freien Dfenseger Berlins“ — nicht identisch mit den Lokalfisten —, welcher aus notorischen Streikbrechern besteht und seinen Arbeitsnachweis in dem Lokal von H. Herold, Berlin, Schonenstraße 10, hat, gibt sich die erdenklichste Mühe, Streikbrecher nach Chemnitz zu vermitteln. Ganz besonders tun sich hierbei der Vorsitzende des genannten Vereins Adolf Steffen, Prenzlauer Straße 50, und der Arbeitsvermittler August Günther, Panlow, Trelleborger Str. 10, hervor.

Die Differenzen mit der Direktion der Deutschen Bierbrauerei in Pichelsdorf sind beigelegt. Die Arbeitnehmer haben die Kündigung zurückgenommen.

Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter, Zahlstelle Berlin. Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin. Verband der Maschinisten und Heizer, Bezirk Groß-Berlin. Verband der Böttcher, Zahlstelle Berlin und Spandau. Deutscher Metallarbeiterverband, Bezirk Spandau.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Auf verschiedene Anfragen, den Streik im Haderpeter Martin, Ede Kaiser-Wilhelm- und Münzstraße betreffend, teilen wir mit, daß diese Differenzen noch nicht beigelegt sind und der Betrieb nach wie vor für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt ist.

Zur Differenz der Desinfektionsgehilfen mit Herrn Spiger, die ja bereits erledigt ist, teilt uns Herr F. Friedländer mit, daß er nicht, wie der Gastwirtsgehilfenverband in der der Mittwochnummer des „Vorwärts“ berichtet, Herrn Spiger zumgunsten der Gehilfen beeinflusst, sondern ihm im Gegenteil geraten habe, ein besseres Logis für die Gehilfen besorgen.

Deutsches Reich.

Metallarbeiterstreik in Hohenlimburg.

Bei der Firma „Vereinigte Walz- und Nöhrenwerke“ (A.G.) Friedrich Wöler, Philipp Sohn und Friedrich König in Hohenlimburg in Westfalen sind den Kaltwalzern erhebliche Abzüge auf verschiedene Sorten Bandbeisen gemacht worden. Als sich die Arbeiter weigerten, für diese reduzierten Preise zu arbeiten, wurde ihnen gesagt, dann könnten sie gehen.

Auf noch nicht ermittelte Weise wurden die Fensterheben des Fabrikantors demoliert. Es wird sicher versucht werden, dies den streikenden Arbeitern in die Schuhe zu schieben.

Schwarze Listen gegen streikende Holzarbeiter.

Bei der Firma Klubscheidt in Themar (Sachsen-Meinungen) streiken seit zwei Wochen die Holzarbeiter, weil die Firma verschiedene bisher gezahlte Akkordpreise ganz erheblich reduzieren wollte.

Wegen Ablehnung unbilliger, ja geradezu unverschämter Forderungen kündigten bei mir W. Fischer, um in den Streik zu treten. Ich bitte Sie deshalb, mich insofern zu unterstützen, daß Sie keinen der in der beigefügten Liste angeführten Arbeiter einstellen.

Die Firma begnügt sich also nicht nur damit, den Arbeitern einen geringeren Lohn als bisher anzubieten und die Schlappe zu entstellen, indem sie Forderungen der Arbeiter als Streikursache angibt,

sondern sie will den Arbeitern auch noch durch Verurteilungen an den übrigen Orten jede Arbeitsmöglichkeit nehmen. Wenn die Herren, die die Forderungen der Arbeiter als unverschämte bezeichnen, denselben Maßstab an ihr eigenes Verhalten anlegen, dann gibt es keinen Ausdruck, der scharf genug wäre, um dasselbe zu kennzeichnen.

Der Hutarbeiterstreik bei der Firma Silbermann in Brandenburg a. H. konnte durch Verhandlungen zugunsten der Ausländigen beigelegt werden. Die Sperre ist aufgehoben.

Ausland.

Der Textilarbeiterstreik in Katalonien ist beendet, da die Textilarbeiter in Barcelona die Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen beschlossen haben.

Deutscher Schriftgießer-Kongress.

Hamburg, 20. August.

In der Mittwochsitzung beschäftigte sich der Kongress mit der gewerblichen und tariflichen Lage.

Flaschmann, Berlin referierte darüber. Er wies darauf hin, daß durch die Entwicklung der Technik in den letzten Jahren der Schriftgießerberuf schwer zu leiden hatte. Die Unternehmer bemühten sich zwar, die Konjunktur zu fördern, indem sie Neuhäuten in modernen Schriften auf den Markt brachten.

Die Debatte war sehr eingehend. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Lage der Schriftgießer auch durch die starke Betriebskonzentration im Gewerbe verschlechtert wird, wozu noch das Bestreben der Unternehmer kommt, die Fabrikation nach dem Auslande, namentlich nach Rußland, zu verlegen.

In Anbetracht der in den letzten Jahren immer mehr überhandnehmenden Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe, bedingt durch die vermehrte Einführung der Segmaschine, die dem Gewerbe große Aufträge entzieht, sowie durch die technische Verbesserung der Maschinen, fordert der Kongress die Kollegenchaft der deutschen Gießstädte auf, mit den Prinzipalen in Verbindung zu treten, um von ihnen ein Entgegenkommen zu erreichen.

Weiter wurde beschlossen, daß vor der nächsten Tarifrevision und bei anderen dringenden Gelegenheiten eine Konferenz der beteiligten Gießstädte einzuberufen ist.

Kleines feuilleton.

Bebel's Bild. Die Urne umschließt die Asche des Mannes, aus dem Willen und Wucht der Massen sprachen; nun lebt er ganz nur in dem, was er, durch ein halbes Jahrhundert hin wachend, dem Proletariat gegeben hat.

Der Blick ruht auf dem Bildnis, das uns den August Bebel in den Tagen der letzten Lebensjahre nahe bringt. Georg Troanier hat es gemalt, und der Vorwärts-Verlag stellt es uns eben in vortrefflich gelungener farbiger Wiedergabe auf den Tisch.

Je länger wir es anschauen, um so weniger bleibt es bloß das Bild des letzten Lebensabschnitts. Von dem greisen Kopf da geht ein merkwürdiges Bewegen aus. Bebel wurde zur Verkörperung einer Idee, und diese ideale Reiblichkeit ist nicht von seinem körperlichen Wesen zu trennen.

Das Leben, das in diesem Kopfe arbeitete und das an ihm gearbeitet hat, läßt sich heraus. Das Bild des jungen dunkelhaarigen Bebel, der in der Zeit schärfsten politischen Drucks auf der Tribüne des deutschen Reichsparlamentes läßt die Pariser Kommune verteidigt, das Bild aus der Zeit des Gothaer Einigungskongresses taucht im Erinnerung auf.

Die Haare sind greis, aber sie reden sich immer noch elastisch federnd auf. Dann viele Stirn, in steilen Winkeln emporgebaut, geordnet klar in ihrer freien Breite: diese Stirn ist jung geblieben, sie sagt alle Bilder Bebel's, die in der Erinnerung leben, zur Einheit zusammen.

gearbeiteten Hände, die so energisch bewegt das innerste Weinen und Wollen betonen konnten. Ruhig sitzt die Gestalt da, aber zum Wort, zur Tat bereit in jedem Augenblick.

Die Träne des Künstlers. Camille Lemonnier und Constantin Reunier, der Dichter und der Bildhauer der Arbeit, die nun beide tot sind, waren eng befreundet. Und sie waren Arbeitskameraden. Ehe Reunier noch das große Schaffensfeld seiner Kunst gefunden hatte, zog er mit Lemonnier aus, um für ein Buch über Belgien Studien zu machen.

Der Dichter erzählt: Reunier und ich — gemeinsam zogen wir, den Pilgerstab in der Hand, auf die Entdeckung der Dörfer und Städte. Reunier fand hier seine Kunst; anfänglich verblüfften seine mächtigen, mit der Kohle gezeichneten Kartons von den Gruben, Walzwerken, Höfen und dem geschmolzenen Stahl ein hohes das Publikum. Man war noch nicht diese kräftige Art der Zeichnung und soch herbe, finstere Gestalten gewöhnt.

Ich habe schon ungezähltemal den beinahe visionären Eindruck geschäftelt, den diese erste Begegnung auf ihn und mich ausgelöst hat; ich für meine Beschreibung des Demnegau Notizen sammelnd und er mit großen Bleistiftstrichen die budeligen Gelände des „Schwatzes Landes“ skizzierend, beide in angstvoller Erregung eng aneinander geschmiegt, als ob plötzlich in dem jah erlebten Gesicht seine Augen sich mit Tränen füllten sah.

Die Zeitung der Zukunft. In der Generalversammlung des britischen Instituts für Journalismus in York hielt Robert Donald vom „Daily Chronicle“ eine Rede über die Zeitung der Zukunft. Gutgelaunt prophezeite er Wahrheit und Dichtung in künftiger Mischung. Mit der wachsenden Großorganisation des modernen Zeitungswesens, mit der Zunahme des Leserkreises und mit der Entwicklung der Technik würden die nächsten Jahrzehnte weitgehende Umformungen im Zeitungswesen mit sich bringen.

werden ihren Charakter verlieren und durch stündliche Ausgaben Ergänzung finden. Im inneren Nachrichtendienst des Zeitungsbetriebes wird das drahtlose Telefon die erste Stelle beanspruchen, jeder Journalist und Reporter wird stets einen kleinen drahtlosen Telephonapparat mit sich führen und jederzeit mit seinem Blatte in Verbindung treten können. Die aufgenommenen Meldungen werden dem Redakteur nicht mehr handschriftlich oder stenographisch, sondern gleich in der Spaltenbreite des Blattes gedruckt vor Augen kommen.

Theaterchronik. Frank Bedelind wird mit seiner Gattin Anfang September im Kammerpielhaus in seinen Werken auftreten. — Im Lessingtheater werden in den Auführungen von Ibsens „Peer-Gynt“ Friedrich Anshler und Georg Saffner abwechselnd die Titelrolle spielen. — Erich Reif tritt am 1. September als Dramaturg in den Verband des Deutschen Theaters ein. — Das Luisentheater eröffnet am 20. August seine Spielzeit mit Grillparzer's Lustspiel „Weh dem, der lügt“.

Kunstchronik. Die juchzende Kunstschau, Kurfürstendam 208, wird am nächsten Sonnabend, 12 Uhr, mit einer programmatischen Ansprache des ersten Vorsitzenden, Hermann Sandtke, vor geladenem Publikum eröffnet werden. Es sind gegen 600 Werke deutscher Künstler ausgestellt.

Die Grabdenkmäler Beethovens und Schuberts befinden sich noch heute auf dem alten Währinger Friedhof bei Wien. Die irischen Lebersteine der beiden Komponisten sind längst in Ehrengräbern auf dem Zentralfriedhof beigelegt. Jetzt wird der Währinger Friedhof in eine öffentliche Parkanlage umgewandelt. Auf den Vorschlag der Zentralkommission für Denkmalpflege sollen die beiden Denkmäler erhalten bleiben.

Verdummung wider Gottlosigkeit. Der Kongress der Religionslehrer in Odessa hat, dem Petersburger Herold zufolge, folgende Resolution angenommen: Lesen und Schreiben lernen vergrößert das Verbrechenertum und vermehrt die Anzahl der Rückfälligen. Diese Resolution wird laut erzbischöflicher Verfügung gedruckt und in den Schulen verbreitet — als Mittel gegen die zunehmende Gottlosigkeit. Das Volk laßt um nächter: entweder göttlich oder bunnst!

Aus aller Welt.

Schwere Brandkatastrophe in New York.

65 Arbeiter in Lebensgefahr.

Ein schweres Brandunglück hat sich beim Bau einer neuen Wasserleitung im New Yorker Stadtteil Bronx zugetragen. In einem etwa 400 Fuß tiefen Stollen entstand aus bisher unauflösender Ursache Feuer. Die Mehrzahl der im Stollen beschäftigten 150 Arbeiter konnte sich teilweise freilich mit Brandwunden, in Sicherheit bringen. Einer Abteilung Arbeiter in Stärke von 65 Mann wurde durch den Brand und die damit verbundene Verqualmung des Stollens der Rettungsweg abgeschnitten. Für die Rettung der noch unter Tage Befindlichen besteht nur ganz geringe Hoffnung, da es zurzeit ganz unmöglich ist, durch den dicken Qualm selbst mit Hilfe von Rauchhelmen und Sauerstoffapparaten durchzutommen.

Der Schnellzug Rom-Neapel entgleist.

Die ein Telegramm aus Neapel meldet, ist am Mittwochabend kurz vor Mitternacht ein Schnellzug, der auf der Strecke Rom-Neapel verkehrte, in voller Fahrt entgleist. Die Lokomotive, der Post- und der Gepäckwagen wurden umgeworfen, der erste Personenwagen ging in Trümmer. Zwei Eisenbahnbeamte und ein Reisender, der seit mehreren Jahren in Neapel wohnende Deutsche Karl Mensch, wurden getötet. Neun Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Krieg im Frieden.

Bei Schießversuchen im österreichischen Kriegshafen Pola explodierte am Donnerstagvormittag das Bodentüdel eines 30,5 Zentimetergeschützes. Hierdurch wurden drei Vormeister getötet und Vizeadmiral Graf Lanjus, Präsident des Marine-technischen Komitees, an beiden Beinen schwer verletzt. Dem Grafen Lanjus mußten gleich nach der Einlieferung in das Krankenhaus beide Unterschenkel amputiert werden. Ferner wurden drei Vormeister sowie zwei Zivilarbeiter schwer verletzt, während mehrere Personen, unter ihnen ein Ingenieur, leichte Verletzungen davontrugen.

Der falsche Fremdenlegionär.

Eine sonderbare Geschichte von der Verhaftung eines angeblichen Fremdenlegionärs berichten Pariser Blätter aus Descartes in der Provinz Orlan. Die dortige Gendarmerie verhaftete einen Mann in der Umgebung des Ortes, der die Uniform eines Fremdenlegionärs trug. Bei seiner Festnahme gab er an, Wilhelm Bauer zu heißen und aus Köln zu stammen. Nach seinen Angaben hätte er nie in der Fremdenlegion gedient, sondern er trage nur die Uniform, weil er gegenwärtig im Besitze eines anderen Kleides sei. Ein Kölner Kaufmann namens Meyer habe ihn nach Algier geschickt, um seinen Sohn Robert, der sich für die Fremdenlegion habe anwerben lassen, zur Desertion zu veranlassen. Dafür habe er 500 M. erhalten und weitere 500 M. würden ihm gezahlt werden, wenn die Desertion des jungen Mannes gelingen würde. Sein Vorkäuf sei auch geglückt, denn Meyer sei mit seiner Hilfe desertiert. Während er Meyer seine Zivilkleider gegeben habe, habe er selbst dessen Legionärsuniform angezogen. Die Polizeibehörde ist augenblicklich mit der Prüfung der Angaben Bauers beschäftigt.

Großfeuer in Jersey City.

Ein Großfeuer hat einen ganzen Stadtteil der Hauptstadt des Staates New Jersey, Jersey City, in Asche gelegt. Der Brand entstand durch Selbstentzündung von Getreide in einem der am Hafen liegenden riesigen Getreidespeicher, wurde durch einen starken Wind weitergetragen und griff mit unheimlicher Schnelligkeit um sich. Die Feuerwehr der Stadt machte, unterstützt durch die Mannschaften der im Hafen liegenden Schiffe die größten Anstrengungen, um des Brandes Herr zu werden. Das Geschäftsviertel der Stadt wurde jedoch ein Raub der Flammen, dagegen gelang es, die Docks der transatlantischen Dampferlinien vor dem Feuer zu schützen. Menschenleben sind dem Brande nicht zum Opfer gefallen; nur einige Feuerwehrleute erlitten schwere Verletzungen. 1500 Personen sind obdachlos. Der Schaden wird auf 60 Millionen Mark geschätzt.

Kleine Notizen.

Raubüberfall. Am Donnerstag früh führen zwei Männer im Automobil bei der Gemeindeparkasse in Wilhelmsburg vor, bedrohten die drei dort befindlichen Beamten mit Revolvern und verwundeten den Rassenbeamten Detlefsen. Sie erbeuteten aus der Tageskasse etwa 210 Mark. Der Versuch, auch den Tresor zu öffnen, mißlang. Die Täter entflohen in ihrem Auto. In einem der Täter glaubt man einen vor Jahresfrist hier beschäftigt gewesenen Kellner wiedererkennen zu haben.

Schwere Jungen. In der Nacht zum Donnerstag drangen Diebe durch ein in die Decke gehörtes Loch in das Geschäft der Hofjuweliere Knapp u. Schlegler auf dem Jungfernstieg in Hamburg ein. Soweit bisher festgestellt wurde, haben sie für 50 000 Mark Schmucksachen gestohlen.

Raubmord in der Provinz Posen. Der Leiter der polnischen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft, Wilkowiński, wurde am Mittwochabend, als er mit einer größeren Geldsumme vom Lande nach der Ortschaft Neustadt zurückkehrte, überfallen, ermordet und beraubt. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Die Pflegeeltern ermordet. In dem kleinen Dorfe Helsen im Kanton Aargau, hat der 23jährige Anwalt Karl Weid aus dem Kanton Solothurn seine früheren Pflegeeltern, dem 68jährigen Landwirt Kellin und dessen Frau in der Nacht ermordet, die zu Hilfe eilende 85jährige Mutter der Frau durch einen Weiltieb verwundet und erhebliche Verletzungen erlitten. Der Mörder wurde am nächsten Tage in der Nähe von Sidingen verhaftet.

Frauen-Leseabende.

Zweiter Kreis. Montag, den 25. August, in folgenden Lokalen: Bismarck, Bölowstr. 28. Genosse Georg Schmidt: „Die staatliche Witwen- und Waisenversicherung“. — Sah, Hornstr. 2: Genosse Hermann Claus: „Debel und die Frauenfrage“. — Fräulein Wäckerl. 56: Ede Fontanebrunnen. Vortrag von Genossin Saader. — Ulrich, Karlgroßenstr. 88: Genossin Wurm: „Debel und die Frauenfrage“.

Dritter Kreis. Am 1. September, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Genossin Wurm über: „Debel und die Frauenfrage“.

Veranstaltungen.

Dritter Kreis. Die Frauen veranstalten am Sonntag eine Fußpartie nach Pöhlitzwerder. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Brunnenwall, Ausgang Waldhaus. Für Nachzügler Treffpunkt beim alten Freund.

Jugendveranstaltungen.

Neustadt. Sonntag, den 24. Aug.: I. Wanderung nach Tegel-Bellen (Besichtigung des Orisamuseums usw.). Abfahrt: Stettiner Söcorbahnhof 6 1/2 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen 7 1/2 Uhr. 2. Treffpunkt: Hermannplatz.

Apothek, 6 Uhr. Fahrgehalt 95 Pf. — II. Vormittags-Ausflug nach Bich-Dudow-Rudow-Johannisthal-Neustadt. Treffpunkt 6 1/2 Uhr pünktlich am Bahnhof Neustadt. Sonntag, den 31. August, findet unter Aufsicht des Reiches im Heim. Für den am Sonntag, den 7. September, stattfindenden Besuch des Flugplatzes Johannisthal sind Karten a 25 Pf. im Heim zu haben.

Pantomim-Nieder-Schühnhausen. Am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet auf der Spielwiese Riffingenstraße, am Amtsgericht, ein Wettspiel statt. — Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Lieberbühner sind mitzubringen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist worden das 47. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: August Bebel, Von A. Knoll. — Zur Geschichte des Sozialismus in England. Von Gustav Schlein. — Organisationsfragen. Von Dennis Pöcher (Berlin). — Deutscher Reichspräsident. Von Joh. Herz. — Die Landarbeiter und Dienstboten und die Sozialdemokratie. Von R. Schmidt (Würzburg). — Literarische Rundschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist worden Nr. 24 des 23. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: August Bebel ist tot! — Zur Faltung der Reichstagsfraktion. — Eine Ursache des Geburtenrückgangs. I. Von Heinrich Vogel. — Die amerikanische Frau vor dem bürgerlichen Recht. Von Rosa L. Stern. — Zum Geburtenrückgang in Berlin. Von Minna Guldner. — Hier werden Lehramtsstellen verlangt! Von Emil Unger.

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und für unsere Kinder.

Vom „Wahren Jacob“ ist worden die 18. Nummer des 30. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen.

Der Preis der 16 Seiten starken reich illustrierten Nummer ist 10 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag A. O. B. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Marktpreise von Berlin am 20. August 1913. nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,75—19,80, mittel 19,74—19,76, geringe 19,70—19,72. Roggen, gute Sorte 16,20 bis —, mittel — bis —, geringe — bis — (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,90—17,30, mittel 16,40—16,80, geringe 16,00—16,30, Hafer, gute Sorte 17,70—19,00, mittel 16,40—17,60. Weizen (mitgeb), gute Sorte 16,50—16,70, Weizen (runder), gute Sorte 14,50—15,00. Rindfleisch — bis —, Schwein, alt —, neu 6,00 bis 7,40.

Marktschallendpreise. 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—36,00. Linsen 35,00—36,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,60. Sale 1,40—3,50. Fäuder 1,40—3,60. Käse 1,60—2,80. Wurst 1,00—2,40. Schmalz 1,75—3,60. Fleis 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 1,00—60,00.

Witterungsübericht vom 21. August 1913.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. g. u. n. g.	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. g. u. n. g.
Eintriede	760 B		3 Regen	15		Haparanda	767 RD		4 bedeckt	10	
Hamburg	763 BSB		4 bedeckt	14		Heterburg	759 SD		2 Regen	16	
Berlin	762 B		3 bedeckt	14		Seilh	767 BSB		3 wolfig	16	
Frankf. a. M.	765 BSB		1 Regen	14		Kberdeen	762 S		2 bedeckt	12	
München	765 B		2 bedeckt	13		Paris	759 SBH		wolkenl.	11	
Wien	761 BSB		2 wolfig	16							

Wetterprognose für Freitag, den 22. August 1913. Stetslich trübe, nur zeitweise aufhellend, mit etwas Regen und wenig veränderter Tagestemperatur; mögliche westliche Winde. Berliner Wetterbureau.



Streng preiswerte Condor-Schulstiefel für Mädchen und Knaben

Wunderbar bequeme Formen

Schnürstiefel	Boxleder, Derbyschnitt durchgenähte Randsohle, sehr preiswert	25-26	27-30	31-35	Turnschuhe zum Schnüren, braun, grau, weiß	25-26	27-29	30-35	36-42			
		295	375	425		120	140	170	2-			
Schnürstiefel	Braun Ziegenleder	25-26	27-30	31-35	Sandalen braun, Rindleder, genäht, m. Absatz	25-26	27-28	29-30	31-33	34-35	36-42	43-46
		390	480	560		2-	230	260	290	320	350	425

Neuhelt! Reformstiefel zur naturgemäßen Entwicklung des Kinderfußes Feinste Lederarten. Rand genäht. Neuhelt!

Schuh-Fabrik Conrad Tack & Cie. Akt.-BURG bei Ges., Magdeburg

134 Verkaufsstellen im Reich, davon 21 in Berlin und Umgebung:
 C. Spittelmarkt 15 | W. Potsdamer Straße 30 | NW, Wilhelmsstr. 22 | NW, Bunsenstr. 29 | N, Mälterstraße 3 | N, Brunnenstraße nur 37 | O, Andreasstraße nur 30
 C. Rosenthaler Straße 14 | W, Schillstraße 16 | NW, Turmstraße 41 | N, Friedrichstraße 127 | N, Reinickendorfer Str. 23 | N, Danziger Straße 1 | O, Frankfurter Allee 128
 SO, Oranienstraße 27 | Neukölln: Bergstraße 30-31
 SO, Oranienstraße 28 | Charlottenburg: nur Wilhelmsdorfer Str. 122-123
 SO, Wrangelstraße 49
 SW, Friedrichstr. 240-241
 Potsdam: Brandenburger Straße nur 34

Fordern Sie Katalog!

Partei-Angelegenheiten.

Die neue Lokalliste

Ist der heutigen Nummer des „Vorwärts“ beigelegt worden und wiederum richten wir an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, die Lokalliste mehr zu beachten als bisher.

Beachtet die Arbeiterschaft diesen wiederholt an sie gerichteten Appell und handelt sie streng danach, so muß es uns gelingen, alle Lokale, die durch den Besuch der Arbeiterschaft erst ihre Existenz haben, auch zu Versammlungszwecken zu erobern.

Wo uns aber Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir das Versammlungsrecht erst wirklich ausüben, darum ist der Kampf um Versammlungsräume auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. Deshalb:

Beachtet stets die Lokalliste!

Ferner ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen bezogen wird.

Kußerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen betriebl. verwendet werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beeskow und Potsdam-Ost-Haveland in Frage kommen.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten auszuhändigen, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen.

Die Lokalkommission.

- 6. Wahlkreis. Für die Folge sind die Willeits für die Philharmonischen Konzerte in der Opern- und den Germania-Prachtstätten nur in den Zahlstellen unseres Kreises zu haben und zwar bei: F. Ademann, Choriner Str. 16. Witwe Diebler, Brunnenstr. 145. Gustav Pinner, Tredeowstr. 36. Hugo Kochhaus, Schlemmerstr. 30. Hermann Kriedemann, Stargarder Str. 74. A. Naack, Lohener Str. 2/3. Otto Wachgänger, Schweißener Str. 23. Paul Gliese, Reppenhagerer Str. 74. Gottlieb Hoffmann, Schweinmünder Str. 47. Richard Henkel, Stralunder Str. 17. Max Thomas, Hülstener Str. 35. Wilhelm Dams, Salsgäßstr. 9. Hämmerer, Wandlstr. 21. Albrecht Paerich, Lindenburger Str. 10. Fritz Fröhlich, Wittlicher Str. 29. H. Petermann, Havelberger Str. 16. Hermann Prochaska, Lohnerstr. 12. Witwe Schade, Kösliner Str. 9. Franz Wäber, Badstr. 44. Paul Friisch, Drontheimer Str. 4. Alfred Welger, Wiesenstr. 29. Bruno Glawe, Eichenwalder Str. 4. August Doye, Müllerstr. 38a. Eingang Amsterdamer Straße. Hermann Zauschel, Komaruner Str. 53. Wahlvereinsbüro, Gerichtstr. 71.

Wir ersuchen die Mitglieder, sich rechtzeitig mit Willeits zu versehen.

Steglich-Friedenau. Am Montag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Wahlvereine Steglich und Friedenau eine gemeinsame Mitgliederversammlung im „Albrechtshof“, Albrechtstr. 1a, in Steglich.

Wannsee. Sonnabend, den 23. d. M., abends 8 Uhr: Offentliche Versammlung für Männer und Frauen im „Fürstentof“ (D. Ademann). Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen W. Staab-Potsdam über „Die Volkserziehung und die bürgerlichen Versicherungsgesellschaften“. 2. Diskussion.

Oberschönweide. Das Volkfest für unsere Ort findet nicht am 24. August, sondern besonderer Umstände halber erst am 31. August im Wilhelmshof statt. Die herausgegebenen Willeits behalten ihre Gültigkeit.

Bernau. Morgen, Sonnabend, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Salzmann, Basdorfer Straße: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

An unsere Abonnenten.

Das angekündigte Erinnerungsblatt an August Bebel wird unseren Abonnenten als Extrabeilage mit der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ kostenlos zugestellt werden.

Verlag des „Vorwärts“.

Die juristische Sprechstunde

findet bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonnabends Sprechstunde von 1/2-6 Uhr nachmittags.

Das Ende der Schwebebahn-Probefreie

scheint bevorzustehen. Wie erinnertlich, hatte die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg das Ergänzungsverfahren beantragt, nachdem die Stadtgemeinde Berlin ihre Zustimmung zu dem Schwebebahnprojekt Gesundheitsamt-Reußhain im September 1909 verweigert hatte. Im folgenden Jahre richtete die Gesellschaft den Aufsichtsbekörden ein erweitertes Projekt zur Prüfung ein, welches eine Verlängerung der Schwebebahn im Norden nach Reinickendorf, im Südosten nach Brix vor sah. Damit war der Antrag auf Ergänzung der Zustimmung zu dem ursprünglichen, im Jahre 1901 vorgelegten Pläne gegenstandslos geworden. Ueber das zweite Schwebebahnprojekt ist mit Rücksicht auf die von der A. E. G. geplante Hoch- und Untergrundbahn, welche im großen ganzen die gleiche Linienführung hat, eine Entscheidung noch nicht getroffen worden. Da das letztere Projekt aber inzwischen von den Aufsichtsbekörden genehmigt worden ist, dürfte die Annahme gerechtfertigt sein, daß auch der erweiterte Plan der Kontinentalen Gesellschaft abgelehnt werden wird. Danach würde keine Veranlassung vorliegen, die Probefreie der Schwebebahn, welche die

Gesellschaft auf Erfordern des Berliner Magistrats im Herbst 1907 hatte errichten lassen, noch länger stehen zu lassen. Die Anwohner haben aber das elegante Eisengerüst, welches eine geniale Lösung für den Unterbau einer zweigleisigen Schnellbahn darstellt, weidlich geschimpft und sich redlich Mühe gegeben, das „Verkehrshindernis“ aus der Welt zu schaffen. Was in den letzten fünf Jahren im Beschwärzeweg nicht erreicht wurde, das bringt jetzt die allgemeine Bevorzugung der Untergrundbahn zuwege, welche die Aussicht nicht beeinträchtigt und den Straßenverkehr in keiner Weise behindert. Einige Zeit werden sich die Anwohner der Brunnenstraße wohl noch gedulden müssen, denn so lange die Entscheidung über den erwähnten Plan noch nicht gefallen ist, wird man die Gesellschaft nicht zur Entfernung der Probefreie auffordern können.

Eine erschütternde Familientragödie

hat sich gestern nacht in dem Hause Forster Str. 46 ereignet. Dort wohnt seit mehreren Jahren die Briefträgerfrau Emma Seiler, die vor einigen Monaten ihren Mann durch den Tod verlor. Hierdurch geriet Frau S. in Not und hatte schwer zu kämpfen, um sich und ihre beiden Kinder, die achttjährige Lucie und den 2 1/2 Jahre alten Werner, durchzubringen. Die Witwe war für mehrere Geschäfte als Schneiderin tätig, vermochte jedoch trotz größter Anstrengung kaum so viel zu erwerben, um das Nötigste für den Lebensunterhalt und die Miete bestreiten zu können. Durch die angestrengte Arbeit litt ihre Gesundheit und dazu kam der Gram um den Tod ihres Mannes. Gestern traf auf dem 87. Polizeirevier mit der ersten Post ein Schreiben der Frau S. ein, in dem sie mitteilte, daß sie mit ihren Kindern freiwillig in den Tod gegangen sei, weil sie mit ihrem Manne bereit sein wollte und weil sie ihre Kinder nicht hungern lassen wollte. Zwei Beamte des Reviers begaben sich auf schnellstem Wege nach der Wohnung, die sie verschlossen fanden. Sie erbrachen die Tür und fanden nun Mutter und Kinder in dem über und über mit Gas gefüllten Zimmer leblos in den Betten liegend auf. Zwei telephonisch herbeigerufene Ärzte unternahmten Wiederbelebungsbemühungen, die auch nach längeren Anstrengungen bei Frau S. und der Tochter von Erfolg gekrönt waren. Der kleine Werner war dagegen der Einwirkung des Gases bereits erlegen. Frau Seiler und ihre Tochter wurden in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Die Leiche des Knaben wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Ein schweres Brandunglück

hat sich gestern vormittag 8 1/2 Uhr in der Chausseest. 37 zugetragen. Als dort die Rentnerempfängerin Pauline Müller in der Küche ihrer Wohnung mit Spiritus auf dem Herde Feuer anzumachen wollte, kam die Spirituslampe zur Explosion. Eine Stichflamme legte die Gardinen in Brand und erfasste auch die Kleider der Frau, so daß diese im nächsten Augenblick einer Feuerfäule glück. Obgleich Hilfe schnell zur Stelle war, erlitt die Unglückliche doch so schwere Brandwunden, daß sie von der Feuerwehr sofort nach der Charité gebracht werden mußte. An ihrem Auskommen wird gezweifelt.

Fast gleichzeitig wurde die Feuerwehr auch nach dem Mariannenplatz 13 gerufen, wo im dritten Stock des Quergebäudes in der Fabrik feiner Möbelbeschläge von Adolph Zwirz ein Ballon Schwefelsäure verpflagt war. Der Sohn des Inhabers, Willi Zwirz, sowie die Arbeiter Karl Krause und Otto Gofse erlitten gefährliche Verletzungen. Sie wurden alle drei nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht, wo sie Aufnahme fanden. In der Fabrik wurde inzwischen durch die Feuerwehr jede Gefahr beseitigt.

Der Lehrstellennachweis des Vereins für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend (Vorsitzender Stadtschulrat Dr. Fischer) vermittelt seit 1888 kostenlos Lehrstellen. Lehrherren werden gebeten, ihre schriftlichen Anträge mit Angabe der Lehrzeit und der Höhe der Vergütung an die Geschäftsstelle des Vereins, N 58, Senefelderstraße 6 (Kellner Giller), umgehend einzuwenden. Sprechstunden für Lehrlinge: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 3-5 Uhr, im Schulhause hinter der Garnisonkirche 2 und außerdem wochentäglich von 12-1 Uhr im Schulhause Senefelderstr. 6.

Die landespolizeiliche Abnahme der neuen städtischen Straßenbahnlinie Kreuzberg-Beerenstraße ist gestern erfolgt. Am Sonnabend, den 23. cr. früh wird mit dem ersten Fahrplanmäßigen Zuge der Betrieb auf dieser Linie aufgenommen. Auf der Linie wird ein 10 Minuten-Verkehr eingerichtet. Der erste Wagen fährt vom Kreuzberg (Großbeerenstraße) um 6:07 Uhr vormittags, der letzte um 12:17 Uhr abends, und von der Beerenstraße der erste 6:01 Uhr, der letzte 11:51 Uhr ab. Die Dauer der Fahrt beträgt 19 Minuten. Die Linienführung ist vom Kreuzberg aus folgende: Großbeerenstraße — Königsgräber Straße — Dedemannstraße — Wilhelmstraße — Zimmerstraße — Markgrafenstraße — Beerenstraße.

Die Einnahme der städtischen Straßenbahnen im Juli 1913 betrug 208 094,85 M. gegen 178 130,85 M. im Juli 1912, das ist eine Tageseinnahme von 6789,83 M. gegen 5746,16 M. im Juli 1912. Es wurden insgesamt 2 206 630 Personen gegen 1 896 104 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im Juli 1913 gefahrenen Wagenkilometer (Motorkraft und Antriebsleistung) ist von 387 898 des Vorjahres auf 476 601 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer betrug 43,93 Pfennige gegen 45,92 Pfennige im Vorjahre.

Ein Sturz von der Treppe kostete dem 56 Jahre alten Schlosser Heinrich Sens aus der Kesselftr. 6 das Leben. Der Mann, der seit 87 Jahren in der Charité die Schlosserarbeiten ausführt, fiel dort vor 14 Tagen eine halbe Treppe hinunter, ohne sich jedoch eine sichtbare Verletzung zuzuziehen. Ihm schmerzte wohl der Kopf, doch glaubte er nicht, daß es damit etwas Besonderes auf sich habe. Ueber bereits am anderen Tage mußte er einen Arzt rufen, der seine Infortführung nach der Charité anordnete. Hier ist der Mann gestern infolge Schädelverletzung gestorben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Zu der Mordtat am Hermannplatz wird noch mitgeteilt, daß der Täter Bengsch in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde. Die Obduktion der Leiche hat ergeben, daß der Tod infolge Erstichung eingetreten ist. Der Täter gab noch an, daß er vor der Ausführung des Verbrechens sechs Glas Bier auf nüchternen Magen getrunken hatte. Als er verhaftet wurde, war er stark angetrunken, doch lag dies daran, daß er nach der Erwürgung seiner Geliebten viel Alkohol zu sich genommen hatte.

Wie sich jetzt herausstellt, hat Bengsch sich wiederholt als Streikbrecher herbeigetragen. So arbeitete er zuletzt in der Klavierfabrik von Wernicke, Hohereichstraße 63, woselbst sich die Arbeiter seit etwa 30 Wochen wegen erfolgter Abzüge im Ausstand befinden. Berichterichtete Bengsch Arbeitswilligendienst bei den Firmen Schwedten, Wll und Beschlein.

Das Verschwinden der Gertrud Walle hat sich noch nicht aufklären lassen. Man rechnet jetzt bestimmt damit, daß Henke die Vermisste beiseite geschafft hat. Da angenommen wird, daß der Verhaftete die Tat bei einem Spaziergang mit der Walle außerhalb Berlins vollbracht hat, wird überall an den Orten, wohin er sich mit dem betragslosen Damen, die er kennen gelernt hatte, zu begeben pflegte, nach ihrer Leiche gesucht. Aber auch die Nachforschungen nach dieser Richtung hin waren bis jetzt ergebnislos.

Zum Frauenmord in der Warschauer Straße ist zu berichten, daß es noch immer nicht gelungen ist, eine Spur des flüchtigen Frauen-

mörders Kossan zu finden. Es wird angenommen, daß dieser seinem Leben durch Ertrinken bereits ein Ende gemacht hat. Der Wagen der ermordeten Frau Eckelt ist dem Gerichtschemiker Dr. Jeserich zur Untersuchung überantwortet worden, da anzunehmen ist, daß Kossan seine Geliebte durch Gift ums Leben gebracht hat.

Falsche Zweimarkstücke sind seit den letzten Tagen im Norden Berlins im Umlauf. Die Falsifikate unterscheiden sich von den echten Zweimarkstücken insofern, als sie einen anderen Klang haben und das Wort Wilhelm nicht mehr deutlich zu lesen ist. Außerdem befinden sich am Hals des Bildnisses keine Striche.

Eine Eifersuchtstragödie.

spielte sich gestern abend im Norden der Stadt ab. In dem Hause Gerichtstraße 30, an der Ecke der Reinickendorfer Straße, wohnte der 30 Jahre alte Arbeiter Korb mit seiner ungefähr ebenso alten Frau. Bei ihnen wohnte der etwas jüngere Arbeiter Sch u l z in Schlafstelle. Zwischen der Frau Korb und dem Schlafburschen entspann sich ein Liebesverhältnis. Die Streitigkeiten, die dieserhalb zwischen den Eheleuten Korb entstanden, führten schließlich dazu, daß Frau Korb ihren Mann verließ. Bald nachdem das auch Schulz aus, und zwar nahm er jetzt wieder Wohnung bei der Frau Korb, während der Mann seine Wohnung in der Gerichtstraße behielt. Gestern abend kurz nach 9 Uhr kamen Korb und Schulz zusammen nach der Gerichtstraße 30 und suchten die Wohnung des ersteren auf. Kaum waren sie fünf Minuten allein, als ein Schuß die Hausbewohner alarmierte. Als diese herbeieilten, fanden sie den Schulz bestunntlos auf dem Fußboden liegen. Ein herbeigerufener Arzt stellte fest, daß er durch eine Kugel in die Magengegend schwer verletzt worden war. Während Korb von der herbeigerufenen Polizei verhaftet wurde, brachte man den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus.

Dachstuhlbrände in Neukölln.

Aus Neukölln kommt bereits wieder die Meldung von einem Dachstuhlbrand, und zwar brannte gestern abend kurz nach 5 Uhr der Dachstuhl des Hauses Steinmeyerstr. 30. Als die Neuköllner Feuerwehr eintraf, stand der Dachstuhl des Quergebäudes auf dem zweiten Hofe zu einem erheblichen Teil in Flammen. Der Löschangriff, der mit zwei Rohren durchgeführt wurde, gestaltete sich anfangs recht schwierig, da die Digeentwidelung und Verqualmung ungewöhnlich stark war. Nach halbständigem Wassergeben war der Brand gelöscht. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die Wehr dann noch längere Zeit zu tun. Die Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt. Da dieser Dachstuhlbrand wohl schon der vierte innerhalb weniger Wochen ist, gewinnt es fast den Anschein, als ob diese Brände planmäßig angelegt werden.

Auf der Treptow-Sternwarte finden folgende kinematographische Vorführungen mit erklärenden Vorträgen statt: Am Sonnabend, den 23. August, abends 7 Uhr: „Scotts Reise zum Südpol und ein Blick ins Weltall“; abends 9 Uhr: „Christoph Kolumbus“; am Sonntag, nachmittags 5 Uhr: „Das Werner Oberland“; abends 7 Uhr: „Christoph Kolumbus“; am Montag, den 25. August, abends 7 Uhr: „Interessante Bilder aus Italien“. Mit dem großen Fernrohr werden Jupiter und Mond beobachtet.

Die erste Reise des „Imperator“ nach Rew York, welche Direktor Franz Goerke am Montag in der Urania aus eigener Anschauung in einem von zahlreichen Lichtbildern und kinematographischen Aufnahmen begleiteten Vortrage erstmalig schildern wird, führt uns den größten Ozeandampfer der Gegenwart in allen Stadien seiner Entwidelung von der Kiellegung bis zur Vollendung und ebenso das Leben und Treiben dieses mit dem ausserordentlichsten Luxus wie allen nur erdenklichen modernen Einrichtungen versehenen Wunders der Technik lebendig vor Augen.

Das Konzert der Liebertafel West, das wegen des schlechten Wetters am vergangenen Sonntag nicht abgehalten werden konnte, findet am kommenden Sonntag, 24. August im Viktoriagarten in Wilmersdorf, statt. Willeits behalten ihre Gültigkeit.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge, die begreiflicherweise bei dem gegenwärtig bereits allzu deutlich fühlbaren Herannahen einer schweren wirtschaftlichen Krise nicht nur die gesamte werktätige Bevölkerung, sondern auch einflussreiche Kommunalverwaltungen in immer höherem Maße interessiert, scheint für unsere Stadterverwaltung überhaupt nicht zu existieren. Sie ist zwar schon zweimal auf die Initiative unserer Vertreter hin Gegenstand der Verhandlung in der Stadtverordnetenversammlung gewesen, doch brachte die bürgerliche Mehrheit nicht soviel soziales Empfinden auf, die positiven Vorschläge der Sozialdemokratie anzunehmen. Man begnügte sich vielmehr mit der bequemen Ausrede, die Frage könne nur in Gemeinschaft mit Groß-Berlin gelöst werden, hätte sich aber wohlweislich, für eine rasche Förderung der immer brennender werdenden Angelegenheit in Groß-Berlin auch nur einen Finger zu rühren. Ja nicht einmal da, wo es unserer städtischen Verwaltung keinen Pfennig kosten würde, hält sie es für der Mühe wert, einige bescheidene Maßnahmen sozialer Fürsorge zu treffen. Wir meinen damit eine Regelung in der Beschäftigung der städtischen Arbeiter. Es sind in letzter Zeit mehrfach Fälle zu verzeichnen gewesen, daß Arbeiter des einen Ressorts entlassen wurden, angeblich wegen Mangel an Arbeit — obgleich die Arbeiter selbst der Meinung sind, es sei noch genügend vorhanden —, während in anderen Ressorts neue Arbeitskräfte eingestellt wurden. Dabei handelt es sich nicht etwa um solche, die nur ganz kurze Zeit in städtischen Diensten standen, oder um unbrauchbare Leute. Deshalb gewinnt es beinahe den Anschein, als erfolgten die Entlassungen bewährter und die Neueinstellung anderer Arbeitskräfte aus Gründen einer völlig verkehrten Sparsamkeit, wobei noch für unsere Annahme spricht, daß mehrfach die feinerzeit gegebenen Zusicherungen bezüglich der Höhe des Stundenlohnes, der Zahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Durchschnittslohn usw. nicht vorbehaltlos eingehalten werden. Wie leicht aber wäre es, durch Einrichtung eines Zentralbüreaus für Arbeitsangelegenheiten einen Austausch der Arbeitskräfte zwischen den einzelnen Ressorts herbeizuführen! Eine solche Stelle einzurichten erscheint aber um so notwendiger, als wir ohnehin unter einer örtlichen Zerrissenheit der einzelnen Verwaltungen zu leiden haben, die in jeder Hinsicht nachteilig wirkt. Und doch muß gesagt werden, daß manches bei weitem nicht so schlimm zu sein braucht, wenn nicht fast an allen Ecken ein großer Mangel an Disposition zu verspüren wäre. Es brauchte nicht nur nicht das ohnehin schon überaus zahlreiche Heer der Arbeitslosen aus den Reihen der städtischen Arbeiter vermehrt, sondern es könnte auch die Arbeitslosigkeit allgemein gemindert werden. Es ist durchaus kein Grund zu sehen, weshalb man längs projizierte und äußerst notwendige städtische Bauten nicht ausführen läßt. Uns fehlen Wobanialien, Lesehallen usw. In dem Viertel des neuen Straßenbahnhofs werden binnen kurzem Schulen notwendig sein, wenn wir nicht sehr bald schon mit den schwersten Unzuträglichkeiten zu kämpfen

Haben wollen. Und so stehen sich noch eine lange Reihe von Projekten auf, deren Inangriffnahme dringender ist und mit mehr auf die Arbeitslosigkeit einwirken würde. Ober sollte etwa die Verwirklichung dieser Vorschläge wiederum an der Einheitslosigkeit mancher unserer Stadträte scheitern? Dann wäre es für wahr an der Zeit, bei den kommenden Stadtratswahlen nur solche Männer zu berücksichtigen, deren soziales Empfinden den Bedürfnissen einer großstädtischen Arbeiterbevölkerung Rechnung zu tragen weiß. Und zum Schluss noch eine bescheidene Frage: Ist die soziale Kommission, nachdem sie in der Frage der Fleischversorgung einige bescheidene Anläufe zur Tätigkeit gemacht hat, nun völlig in einen Dornröschenschlaf versunken? Die Arbeitslosenfürsorge scheint doch wohl auch ein wenig unter ihr Tätigkeitsgebiet zu fallen!

Charlottenburg.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wurde mit einem Nachruf für den dahingeshiedenen Genossen Bebel eröffnet. Ab dann hielt Genosse Dunder einen Vortrag über: **Waffenstreik und Parteitag.** Redner betonte, daß die Machtquellen des Proletariats in seiner großen Zahl, seiner Rolle im Produktionsprozess, seinem Massenbewusstsein und seiner Organisation zu suchen seien. Da es unseren Gegnern aber nicht einfiel, ihre Macht kampflös aus den Händen zu geben, würden wir weder durch parlamentarische, gewerkschaftliche noch genossenschaftliche Betätigung auf friedlich-schiedlichem Wege zur Macht gelangen. Wir müssten also unsere Machtmittel energisch anwenden und dies würde am schärfsten durch den **Massenstreik** geschehen. Dieser würde bei einem Staatsstreich, der uns droht, wenn sich die herrschenden Gewalten in ihrer Macht bedroht fühlen, unaussprechlich sein. Es wäre ein Kampfstreik nach russischem Muster. Aber auch zur Eringung eines besseren Wahlrechts in Preußen könnte nach belgischem Muster zum Demonstrationsstreik gegriffen werden. Doch könnte derselbe keinesfalls aus der Erde gestampft, niemals durch die Führer proklamiert werden, sondern müßte aus den Massen selbst herauswachsen. Nun habe man auch einen sogenannten **partiellen Massenstreik** empfohlen, doch wäre dieser, nach seiner Meinung, zu verwerfen. Es wäre dem Proletariat nicht damit gedient, wenn bald hier, bald da, wie ein Flugfeuer sich ein Miniaturmassenstreik ausbreitete. Ohne Erfolg zu versprechen, würde er nur eine harte Probe auf die Disziplin der Arbeiterkassen bedeuten.

Eine erhebliche Erscheinung sei es, daß der **Massenstreik** sowohl von Vertretern der revisionistischen, wie auch solchen der radikalen Richtung befürwortet werde, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Während die einen denselben anzuwenden beabsichtigen zur Wiederherstellung der parlamentarischen Garantien, wollen die anderen ihn zur Niederzwingung der bürgerlichen Gesellschaft durchführen. Ueber die Frage aber, was nach glücklicher Beendigung eines Massenstreiks zu geschehen hätte, brauchten wir uns ja jetzt noch nicht streiten. Für den Augenblick sei die Hauptsache, daß wir die Frage nach der Richtung hin ventilieren; denn wenn der Massenstreik unsere Waffe sei, müßten wir sie im Ernstfall zu hantieren verstehen. Obwohl nun eine Vorbereitung notwendig, dürfe man mit der Anwendung dieser Waffe nicht etwa warten bis auch der letzte Mann organisiert sei. Viele Tausende Inorganisierte würden in einem solchen Moment sich an unsere Seite stellen und mit uns feiern. Die organisierten Genossen hätten den Kern zu bilden, um den sich die anderen scharen. Doch hierzu gehöre vor allen Dingen, daß der Wahlverein nicht als ein Verein neben vielen anderen betrachtet werde, sondern als Hauptkader. Wenn man seine Pflicht gegen ihn erfüllt habe, möge man auch in anderen Vereinen nach seiner Fassung tätig werden. Mit einem Appell an die Genossen, die Bewegung immer tiefer in die Massen zu tragen, schloß der Referent, die Resolution der Kreisgeneralversammlung von Niederbarnim vom 10. August zur Annahme empfehlend.

In der darauf folgenden Diskussion vertrat Genosse Eide den Standpunkt, daß weit eher als durch Massenstreik die bürgerliche Gesellschaft durch Stärkung der wirtschaftlichen Organisationen niedrigeren werden könne, indem durch genossenschaftliche Wirtschaftlichkeit von landwirtschaftlichen und Fabrikbetrieben ihre Erzeugung untergraben werde. Genosse Vorhardt ist der Meinung, daß zu einer Zeit, in der über Rückgang der Bewegung und mangelhafte Wahlbeteiligung geklagt werde, die Frage des Massenstreiks ganz unlogisch und undiskutabel sei. Es läme schlimmstenfalls zu einem Massenstreik ohne Massen. Man dürfe doch nicht den Maßstab Großberliner Verhältnisse an die Bewegung im Lande legen. Zugegeben, in Berlin wäre auf einen Erfolg zu rechnen, so sei Berlin nicht Preußen; man möge sich die Verhältnisse in der Schwereisenindustrie, die gelbe Bewegung, sowie die Tatsache vor Augen halten, daß in zahlreichen Wahlkreisen nur 20 Proz. aller Stimmen, ja sogar nur 14 Proz. auf unsere Kandidaten zu vereinigen waren, um einzusehen, daß an einen Massenstreik noch lange nicht gedacht werden könne. Der Schwerpunkt unserer Arbeit sei auf den Ausbau unserer Organisationen zu legen. Es sprachen noch einige Redner für, einige gegen die Ausführungen Dunders, alsdann wurde der Punkt vertagt. Nachdem die Genossen Bippel, Jacin und Rosenhol zur Kreisgeneralversammlung delegiert waren, wurde die Generalversammlung auf Dienstag, den 26. August, vertagt.

Von einer betrügerischen Wahrsagerin ist wiederum eine Frau empfindlich geschädigt worden. In einem Geschäft in dem Hause Pflanzstr. 12 erschien vorgestern eine Zigeunerin, kaufte eine Kleinigkeit und küßte dabei mit der Inhaberin ein Gespräch an. Als sie erfuhr, daß deren Mann krank sei, erklärte sie der Frau, daß sie instande sei, die baldige Genesung herbeizuführen. Die Zigeunerin ließ sich nun von der Verkäuferin das Portemonnaie mit Inhalt geben, steckte es ihr auf dem Rücken unter die Bluse und gab ihr auf eine Viertelstunde lang ein bestimmtes Gebet herzusagen. Das tat die Frau auch gewissenhaft, während die Zigeunerin sich nach Empfang einer angemessenen Entschädigung schleunigst entfernte. Erst zu spät entdeckte die Abergläubige, daß die Wahrsagerin ihr drei Zwanzigmarksstücke aus dem Portemonnaie gestohlen hatte. — Der Vorfall zeigt, daß trotz vieler öffentlicher Warnungen noch immer Leute auf den Wahrsagegeschwindel hereinfallen.

Am Sonntag, den 24. August, findet in den Gesamträumen des Volkshauses, Kohnenstr. 3, ein großes Sommerfest zur Feier seines elfjährigen Bestehens statt. Mitwirkende: Männerchor Moabit, Charlottenburger Volksorchester, Charlottenburger Männerquartett und Arbeiter-Kadefahrerklub Solidarität, Bezirk Charlottenburg. Programm: Konzert, turnerische Aufführungen, Reigen, Fahnen, Freischießen, Preisregeln, Verlosung, Bombonregen, Fadelzug, Tanz, Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf. Bei schlechtem Wetter findet das Fest in den Sälen statt. Da der eventuelle Ueberfluß dem Dispositionsfonds des Volkshauses zugeführt werden soll, so bitten um rege Beteiligung.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission und der Volkshauses-Ausschuß.

Ueber die Tätigkeit der Stadt auf sozialem Gebiet läßt sich der zum Oberbürgermeister der Stadt Charlottenburg gewählte erste Bürgermeister von Rassel, Herr Dr. Scholz, des längeren in der Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit“ aus. In dem Artikel selbst sind die wichtigsten Aufgaben der sozialen Fürsorge und Einrichtungen der Städte berührt. Zunächst betont Herr Dr. Scholz, daß die soziale Frage als Gesellschaftsfrage, nicht etwa einsichtig als Arbeiterfrage aufzufassen sei, da sie das Verhältnis der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu einander, nicht allein die Zustände in der Arbeiterklasse zum Gegenstand habe. Die Maßnahmen sozialer Tätigkeit würden so zu treffen sein, daß ein möglicher Ausgleich der Klassenunterschiede erzielt werde. Das wesentliche Feld sozialer Betätigung finde sich naturgemäß in der Armenpflege. Ab dann gehört in diesen Zusammenhang die Krankenfürsorge, bei der es sich um eine freiwillig übernommene Aufgabe der Gemeinde handle, die im weitestesten Interesse der minderbemittelten Volksschichten liege.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den

Auf finanziellem Gebiete könnten die Städte eine Verbilligung des Real- und Personalkredits anstreben, wozu die Gründung städtischer Banken und Hypothekenanstalten, die Errichtung und zweckmäßige Organisation städtischer Sparkassen und ähnliches gehörte. Hierauf wird bemerkt, daß die gemeindliche Besteuerung nicht allzuviel Gelegenheit zur Anwendung sozialer Grundzüge bietet. Zwar hätten einzelne Städte vielleicht eine besondere, für kleine Einkommen stark depressive Einkommensteuer, ihre Kreuzerhöhung sei jedoch durch das Kommunalabgabengesetz äußerst erschwert. — Der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert wird nachgerühmt, daß sie in gewissem Sinne sozial ausgleichend zu wirken vermag. Mehr noch könne das soziale Moment Berücksichtigung finden auf dem Gebiete der indirekten Steuern und Gebühren. Die auf Umsatz von Grundstücken gelegte Abgabe sowie die Wertzuwachssteuer gewähre einen gewissen Schutz gegen das Emporwachsen ungezügelter Spekulantentums. Bei Erhebung von Gebühren für die Benutzung städtischer Einrichtungen und Veranstaltungen endlich könne eine Berücksichtigung Unbemittelter sowohl durch völlige Freilassung als durch Anwendung niedrigerer Sätze erfolgen. Besonders betont Herr Dr. Scholz die Wichtigkeit der Pflege der Kunst im Volke. Volksvorstellungen der Theater zu ganz geringen Preisen, Gründung von Volksgesangvereinen könnten hier zu den schönsten Erfolgen führen.

Auch auf dem Gebiete der Wohnungsfrage müßte neben schon bestehenden Einrichtungen eine zweckmäßige Bodenpolitik und die Einschränkung des Baues von Mietskasernen betrieben werden.

Im Rahmen der sozialen Tätigkeit der Stadt liegt durchaus die Unterstützung von gemeinnützigen Vangesehens- und Genossenschaften, die sich die Verbesserung der Wohngelegenheiten der minderbemittelten Kreise zur Aufgabe gesetzt haben. Dazu gehöre die Ueberlassung städtischer Terrains im Wege der Erbbaurechts-einträumung. Ferner sei ein Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage die Schaffung guter und billiger Verbindungen mit den Vororten. Aus der Fülle von Aufgaben sozialer Natur, die die Stadt in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeberin zu bewältigen hat, heben wir aus dem Artikel einige Gedanken hervor. Er verweist dabei auf Frankfurt a. M., Straßburg i. E., die bereits eine Lohnskala nach abgestuften Sätzen eingeführt haben, in der nicht nur die Länge der Beschäftigungszeit bei der Stadt, sondern auch der Familienstand, die Anzahl der Kinder des Arbeiters eine gewisse Rolle spielen. — Die Einbeziehung von Arbeiterauschüssen, die aus freier Wahl der Arbeiter hervorgegangen, hat sich im allgemeinen zweifellos gut bewährt. Was die Einwirkung der Stadt auf die Arbeits- und Lohnbedingungen von ihr nicht unterstellten Betrieben anbelangt, so sei in erster Linie an die Tätigkeit der Gewerbebehörden als Einigungsämter erinnert. Viel Gutes vermögen von der Stadt eingerichtete oder subventionierte Arbeitsnachweise zu tun. Ueber die Maßnahmen zur Wilderung der Arbeitslosigkeit läßt sich Herr Dr. Scholz dahin aus: „Die Vereinfachung sogenannter Notstandsarbeiten im Winter vermag der Arbeitslosigkeit und ihre traurigen Folgen wenigstens einigermassen zu wehren. Einen Versuch, dies in erweitertem Umfange zu tun, stellt die Arbeitslosenversicherung dar — ein theoretisch häufig, praktisch selten bearbeitetes Feld, über das ein abschließendes Urteil noch in langer Zeit nicht wird gesprochen werden können.“ Wir wollen hierbei bemerken, daß vom Magistrat der Stadt Charlottenburg der Stadtverordnetenversammlung schon eine Vorlage zur Annahme empfohlen worden ist, die auch von den Sozialdemokraten sympathisch aufgenommen worden war. Leider wurde sie aber abgelehnt. Schließlich legt der Verfasser seine Ansicht über das Submissionswesen dar. Er hält die Festsetzung billiger Submissionsbedingungen für unbedingt erforderlich. Wichtig ist eine Auslastung, die leider in unserer Stadt bisher kein Gehör gefunden hat. Sie lautet:

Eine bedeutungsvolle Unterstützung der auf den Frieden innerhalb der einzelnen Gewerbe hinarbeitenden Bestrebungen ist darin zu finden, daß die Stadt bei ihren Vergabungen den Unternehmen die Einhaltung der Tarife und sonstigen Abmachungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Bedingung macht. So hat eine große — wohl die überwiegende — Zahl deutscher Städte seit Jahren prinzipiell ihre Druckerarbeiten nur bei den sogenannten „tariftreuen“ Druckereien herstellen lassen — ein Vorgehen, das auch die Reichs- und preussische Staatsverwaltung anwendet.“

Inwiefern das neue Oberhaupt an der Durchführung der dargelegten Anschauungen im kommunalen Leben Charlottenburgs mitarbeiten und seinen Einfluß dafür geltend machen wird, muß die Zukunft lehren. Das, was unsere Genossen an der Stellungnahme zu den verschiedensten Fragen nicht gefüllt, werden sie bei geeigneter Gelegenheit zum Ausdruck bringen, wie sie es andererseits an ihrer Unterstützung für das, was der kommunalpolitischen Entwicklung dient, nicht fehlen lassen werden.

Wilmerdorf-Halensee.

Verchiebung der Stadtverordneten-Erswahlen?

In Wilmerdorf hat das vereinigte Bürgerturn belanlich bei den Stadtverordnetenwahlen im letzten Herbst auf der ganzen Linie gestagt; und mit etwas voreiliger Renommisterei will man auch bei den aus Anlaß der neuerdings erforderlich gewordenen Erswahlen die Sozialdemokratie aus dem Felde schlagen. Dennoch scheinen die vereinigten Reaktionskräfte sich ihrer Sache nicht ganz sicher zu fühlen. Denn jetzt teilt das konservative Blatt am Orte mit, daß in den Bürgerkreisen eine ziemlich lebhafte Bewegung im Gange sei dahingehend, daß man erst im Herbst nächsten Jahres bei den dann überhaupt erforderlich werdenden allgemeinen Wahlen auch die beiden Stadtverordneten wähle, die an die Stelle unseres Parteigenossen Riedel und des Demokraten Lazarus zu treten haben. Das konservative Blatt erklärt, diese Bestrebungen nur unterstützen zu können. findet der Plan die Widigung des Magistrats, dann bedeutet dies tatsächlich, daß das eine Mandat 1 1/2 Jahre und das andere, das im Verwaltungsstreitverfahren angefochten war, sogar 4 Jahre ruht. Das heißt nach unserer Meinung die Städteordnung auf den Kopf stellen, und zwar aus keinem anderen Grunde, weil etliche Bezirksvereine diesen Herbst ihre Ruhe haben und kein Geld für Wahlagitacion ausgeben wollen und weil sie ferner glauben, im Trubel der allgemeinen Wahlen besser im Trüben fischen zu können.

Neukölln.

Eine Vormittagspielpartie findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nach dem Plänterwald statt. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr am Rathaus. Um zahlreiche Beteiligung der Kinder wird erucht.

Ober-Schönweide.

Eine imposante Bebel-Gebächtnisfeier fand am Montagabend im Saale des Wilhelmshof statt. Die eindrucksvolle Rede des Genossen David Sohn wurde durch weiche Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Ober-Schönweide Liedertafel“ eingeleitet und beschloßen.

Spandau.

Zur Gewerbegerichtswohl. Laut Ortsstatut zum Gewerbegericht sind auch diejenigen wahlberechtigt und wählbar, in deren Beruf eine Innung besteht, diese Innung aber kein Innungsgerichtsgericht hat. Wir erfuchen aus diesem Grunde auch die Arbeitgeber, sich an der Wahl am Dienstag für die Arbeitgeber zu beteiligen, da die Firma Siemens alles daran setzt, eine starke Vertretung im Gewerbegericht zu haben, um so eher in die Lage versetzt werden zu können, ihre Interessen zu vertreten. Um auch eine Beaufsichtigung der Wahl zu ermöglichen, fordern wir die Arbeitslosen, sowie auch diejenigen, welche sich am Tage der Wahl zur Verfügung stellen wollen, auf, am Sonntag, den 23. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Feitel, Wismarstraße 6, anwesend zu sein. Dort Inseratenteil veranw.: F. H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

wird dann das nötige Material ausgegeben und außerdem werden weitere Informationen erteilt werden. Bei der Bedeutung, die die Wahlen für die Arbeiterkassen Spandaus haben, erwarten wir eine rege Beteiligung. Keiner, der es irgend möglich machen kann, darf sich von dieser Arbeit zurückziehen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Franz-Dachholz. Heute Freitag, den 22. August, nachm. 5 Uhr, im Kaisersaal.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Spiel und Sport.

Turner.

Der 1. Kreis des Arbeiter-Turnerbundes veranstaltet am Sonntag, nachm. 2 Uhr, auf der Rennbahn in Treptow sein Sportmeeting. Zum ersten Male tritt hier eine Arbeiterorganisation mit einer solchen Veranstaltung größeren Stils hervor, um zu zeigen, daß auch ohne Stadion und hohe Profitoren etwas geleistet werden kann, wenn es den Mitwirkenden nicht nur um Reueherlichkeiten zu tun ist.

Schon während der ganzen Woche entfaltete sich in den Abendstunden ein reges Trainingstreiben an der Bahn, an welchem natürlich nur Groß-Berliner Sportler beteiligt waren. Zu diesen gehörten sich am Sonntagabend und Sonntag solche aus allen Teilen von Brandenburg, Potsdam, Jork, Rathenow, Ludenwalde usw. senden ihre besten Arbeiterportler. Sind die Witterungsverhältnisse am Sonntag leidlich, so sind hervorragende Leistungen zu erwarten. Neben der doch mit einem kurzen Besuch und kleinem Bodenergebnissen schon manden guten Kurz- und Spring-, Stabpränge von 2 und 3,20 Meter scheinen schon viele Stelldent mehr zu sein.

Der Eintritt kostet im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Die Vorläufe finden am Sonntagabend von 5 Uhr nachmittags und Sonntagvormittag von 7 Uhr an statt. Billets sind bei den Mitgliedern und im Sportgeschäft H. Hausen, Köpenicker Str. 108, an der Neanderstraße zu haben. Wir wünschen noch auf das heutige Inserat.

Kadefahrer.

Arbeiter-Kadefahrerklub „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 24. August. 1. Abteilung: 6 und 12 Uhr: Jochenburg (Berliner Schwelz). Start: Köpenicker Str. 58. — 2. Abt.: am 23. 8., abends 7 Uhr: Berlin. Start: Fontane-promenade 18. Treffpunkt im Kadefahrer bis Wittenberg am 24. 8., 5 Uhr früh Anhalter Bahnhof. — 3. Abt.: Frühstour nach Werthe (Seebitz). Start: 6 Uhr Kaufinger Platz 12. Nachmittagsstour nach Hirschgarten (Bönitz). Start: 1 Uhr. — 4. Abt.: am 23. nachts 12 Uhr: Teupitz. am 24. 8., früh 5 Uhr: Teupitz (Lorenzows Idyl). 12 1/2 Uhr: Krossenitz (Sabelow). Start: Köpenicker Str. — 5. Abt.: 8 Uhr: Strausberg (Gungliger Wolf). 2 Uhr: Werthe (Schneiders). Start: Elphum. — 6. Abt.: 8 u. 12 1/2 Uhr: Jühlendorf (Sabelow). Start: Döberberger Straße 28. — 7. Abt.: 6 Uhr: Krennen (Vopros). 1 Uhr: Neuliggen Schwelz. Start: Schultze 29. — 8. Abt.: 5 Uhr: Chorinden (Krauer). 12 Uhr: Wandlitz (Rafan). Start: Rostocker Str. 28. — 9. Abt. (Sektion der Bäder): 1 1/2 Uhr: Gladmude (Blitz). Start: Schillingstr. 22. — 10. Abt. (Sektion der Kadefahrer-Kadefahrer): 1 Uhr: Schönholz (Tscholl). Start: Gr. Frankfurter Str. 30. — 11. Abt. (Sektion der Kadefahrer-Gebirgs): am 27. 8., 9 Uhr: Kleenitz. Start: Große Hamburger Straße 18.

Ortsgruppe Neukölln. 7 Uhr: Neu-Dahendorf (Hader). 1 Uhr: Kleenitz (Zahmann). Start: Anseebest. 48/49.

Ortsgruppe Charlottenburg. Zur Feier des 11-jährigen Bestehens des Volkshauses zu Charlottenburg Sammelstart 2 1/2 Uhr: Waldlater (Zahner Schenke).

Ortsgruppe Wilmerdorf. 8 Uhr: Tegeler. Zur Kadefahrer: Treffpunkt Restaurant zum Schwan.

Ortsgruppe Lichterow. 4 Uhr: Teupitzsee (Lorenzows Idyl). 12 1/2 Uhr: Reglebe. Start: Vorpstr. 74.

Ortsgruppe Treptow. 8 Uhr: Oberwalde-Berchlinsee-Wandlitz (Laffan); bei schlechtem Wetter 8 Uhr: Hegermühle. Start in Treptow bei Himmel.

Ortsgruppe Stralau-Rummelsburg. 7 Uhr: Klein-Bell. Start: Türschmidt, Ede Löffelstraße.

Ortsgruppe Tegeler. 2 Uhr: Familienort nach Eastwinkel.

Ortsgruppe Pantow. 6 Uhr: Königs-Busterhausen (Altes Schäferschloß).

Ortsgruppe Weiskene. 7 und 12 Uhr: Summl. Start: Berliner Allee 251.

Ortsgruppe Ober-Schönweide. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, Nachstour nach Strausberg. Start bei Schüller, Siemensstr. 28.

Au allen Touren und Veranstaltungen: Gäste willkommen.

Arbeiter-Kadefahrerklub Groß-Berlin. Sonntag früh 5 Uhr nach Teupitz (Lorenzows Idyl); nachm. 1 Uhr nach Jochenburg (Gärtner). Hauptstart: Mariannenpark. Anfahrtsort: Bahnhof Treptow.

Arbeiter-Kadefahrer-Klub „Freiheit“. 1. Kreis, Prov. Brandenburg. Die Besine treffen sich Sonnabend 9 Uhr in Treptow, Vorpstraße. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erbeten. Gäste willkommen.

Wanderer.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 24. August: I. Freienwalde-Bralt-Oberberg. Abfahrt nach Freienwalde Stettiner Bahnhof 5 1/2 (Sonntagfahrkarte). — II. Baruth-Teich-Jagdenbrunn-Bänsdorf. Abfahrt nach Baruth Anf. Bahn. 6 1/2. Gäste stets willkommen.

Arbeiter-Wanderklub „Die Naturfreunde“. Sonntag, den 24. Aug.: I. Bernau-Neuhof-Prenden-Butowsee-Samthöhe-Reichow (Nachflug). Abfahrt Sonnabend abends 10 1/2 Uhr Stettiner Vorpstraßenbahn. II. Hiesenthal-Samthöhe-Reglebe-Eberdörfer See-Hiesenthal. Abfahrt Stettiner Vorpstraßenbahn. 6 1/2 Uhr vorm. III. Prenden-Prenden-Reglebe-Prenden. Abfahrt Schleier Bahn 6 1/2 Uhr vorm. IV. Pantow-Wödnitzmühle-Wälden-Bernau. Treffpunkt Pantow (Kirche) 7 Uhr vorm. V. Wandlitz-Reglebe-Neuhof. Abfahrt Stettiner Vorpstraßenbahn 12 Uhr mittags (Reimendorfer-Kohlenhof umfragen). Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderklub Berlin. Sonntag, den 24. Aug., Wanderausflug nach Ludwigsfelde-Sietzen-Klein-Denthen-Glauer Berge-Blanten-see-Glauer-Büschel-Tredbin. Abfahrt 6 1/2 Anhalter Bahnhof. — nicht 6 1/2 wie im Tourenplan angegeben. — Gäste willkommen.

Schwimmer.

Arbeiter-Schwimmerverein „Berlin“ (Mitglied des Arbeiter-Schwimmvereins). Am kommenden Sonntag laßen sämtliche Schwimmvereine aus; dafür beteiligen sich sämtliche Mitglieder an dem Schwimmfest in Ober-Schönweide. Diejenigen, welche an den Konkurrenzen teilnehmen, müssen sich um 3 Uhr dem Ordon zur Verfügung stellen. Treffpunkt der Abteilung 5 ist bei Zimmer, Köpenicker Str. 58. Die Mitgliederversammlung der Abteilung 1 findet am Mittwoch, den 27. d. Mts., im Lokal „Eder“, Waldemarstr. 75, statt.

Der Schwimmklub „Vorwärts“ Ober-Schönweide (Mitglied des Arbeiter-Schwimmervereins) und Sportlerklub für Schönweide) veranstaltet am Sonntag, den 24. August, nachmittags 3 Uhr, ein Schwimmfest in der Wäckerischen Badeanstalt an der Studenrauhstraße, bestehend in der Wäckerischen Badeanstalt und Springen, Vereinsmehrkämpfe, Radeln, und Damenwasserballspiele, und Wasserballspiele. Da bei diesem Fest circa 200 Mitglieder der Schwimmvereine vom Kreis I des Arbeiter-Schwimmervereins mitwirken, verspricht es auch für den verdohtesten Sportler interessant zu werden. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Die Nachfeier findet in Tabberis Badstube statt.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

Gebrahend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin. 3. Abt. Donnerstag, 23. August, Schönberg, Vordergr. 9, Restaurant Daniel.

Ober-Schönweide. Montag, 25. August, Restaurant Schulz, Siemensstr. 12.

Rowawes. Montag, 25. August, Wilhelm-Ede Friedrichstraße, bei Schmidt.

Rowawes, Abt. Potsdam. Mittwoch, 27. August, Kaiser-Wilhelm-Straße, bei Glaser.

Berlin. Nächste Monatsversammlung am Freitag, 29. August, im Restaurant Naderland, Neue Friedrichstr. 35.

Die Arbeiter-Samariterkolonne Tempelhof-Mariendorf veranstaltet am Montag, den 25. August, abends 8 Uhr, im Apollo-Lichtspiel-Theater, Mariendorf, Gaussestraße Ede Mariengartenstraße, einen öffentlichen Lichtbildvortrag.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. August, vormittags 9 Uhr, Gappeller 15-17, Neukölln, Jochenburg, und Jegel, Schillerstraße 30: Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. W. Die über: „Nagin Gork“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. August, vormittags 9 Uhr, Gappeller 15-17, Neukölln, Jochenburg, und Jegel, Schillerstraße 30: Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. W. Die über: „Nagin Gork“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. August, vormittags 9 Uhr, Gappeller 15-17, Neukölln, Jochenburg, und Jegel, Schillerstraße 30: Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. W. Die über: „Nagin Gork“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. August, vormittags 9 Uhr, Gappeller 15-17, Neukölln, Jochenburg, und Jegel, Schillerstraße 30: Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. W. Die über: „Nagin Gork“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. August, vormittags 9 Uhr, Gappeller 15-17, Neukölln, Jochenburg, und Jegel, Schillerstraße 30: Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. W. Die über: „Nagin Gork“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.